

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeb.
Post-Nr.: 3470.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Fr. Deinhardt, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße 10.

Inserate
für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum 40 \mathcal{A} .
Bergnigungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 \mathcal{A} .
Versammlungsanzeigen 10 \mathcal{A} . Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Zugang ist fern zu halten von:

- Tischlern** nach Bremerhaven (Seebeck's Werft), Emden Freiburg i. S. (Regulatorgehäuse-Fabrik F. Gilmwald), Mülheim a. d. Ruhr (Wilmmer), Düsseldorf (Düsseldorfer Großschreiner), Großenhain i. S. (A. Anauerhase), Gelsenkirchen (Meierhofer), Ratingen (Holzwarenfabrik vormals Dmar Ziller), Rorsbach, Schweiz (Müller), Schwenningen (Bauffer), Ludwigshafen (Fasing);
- Tischlern, Drechslern u. Holzbearbeitungsmaschinisten** nach Betschau (Alt.-Gef. A. Lehnick), Peine;
- Tischlern und Stellmachern** nach Leubnitz b. Werbau (Sächs. Waggonfabrik);
- Drechslern** nach Crimmitschau (Rohland & Rohland), Posen (Wendig & Söhne);
- Partebodenlegern** nach Hamburg (Gebr. Merz, Grimm 32);
- Robeltischlern** nach Begeja (Werft „Vulkan“);
- Stuhlmachern, Tischlern und Politzern** nach Wilkau i. S. (Krebs);
- Kleiderbügelmachern** bezw. **Tischlern** nach Berlin (Nordgauer & Co.);
- Rifenmachern und Spielwaarenarbeitern** nach Gräfentroda i. Th.;
- Sornarbeitern** nach Weislingen-Albstadt (Kratwohl).

Christliche Gewerkschaftler als Handlanger der Brotwucherer.

I.

Unser Wunsch, die christlichen Arbeiter möchten sich zweimal befinden, ehe sie sich den Interessen des Agrariertums dienstbar zeigen, und ganz energisch mit uns, ihrem Klasseninteresse entsprechend, gegen die Getreidezölle überhaupt, vor Allem aber gegen jede Erhöhung der Getreidezölle Stellung nehmen, scheint nicht in Erfüllung gehen zu sollen. Denn neben der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, dem maßgebendsten Organ dieser Richtung, das sich von allem Anfang an so entschieden für den Brotwucherer in's Zeug gelegt hat, haben in neuerer Zeit mehrere christliche Gewerkschaftsblätter Süddeutschlands in dieselbe Kerbe gehauen, und auch Herr Brust, Vorsitzender des christlichen Bergarbeiterverbandes, hat sich in letzter Zeit in dem von ihm redigierten „Bergknappen“ entschieden für eine Erhöhung der Getreidezölle ausgesprochen. „Brotwucher“, „Hungerzölle“, das seien nur Schlagworte des jüdischen Freisinns und der Sozialdemokratie (!). Die Getreidezölle seien nur als ein kleines Mittel (!) zur Hilfe für die leidende Landwirtschaft zu betrachten. Wir Arbeiter könnten nicht verlangen, auf Kosten eines anderen großen Standes der Bevölkerung bevorzugt zu werden. — So lauteten die Offenbarungen, mit denen Brust in jüngerer Zeit im „Bergknappen“ seine Leser überraschte.

Das sind betrübende Erscheinungen für die zukünftige Gestaltung unseres Wirtschaftslebens. Denn konnte man sich vorher noch der Hoffnung hingeben, daß die Pläne der Brotwucherer an dem einmüthigen und starken Willen der Arbeiterschaft zu Nichte gehen würden, so ist nunmehr jede Wahrscheinlichkeit eines solchen Erfolges vernichtet. Die christlichen Arbeiter hätten es in der Hand gehabt, von der Arbeiterschaft jene drohende Gefahr abzuwenden. Als organisierte Macht, die sie in der Zentrumsparthei verkörpern, wäre es ihnen möglich gewesen, dieser ihren Willen aufzunöthigen; als Arbeiter, deren Interessen sie vertreten wollen, wäre das sogar ein Gebot der Ehre und Pflicht für sie gewesen. Und der Erfolg wäre nicht zweifelhaft gewesen, da das Zentrum der Gefolgschaft der Arbeiterschaft nicht entbehren kann und dem organisierten

Willen ihrer Arbeitergefolgschaft keinen entschiedenen Widerstand hätte entgegensetzen können. Die christlichen Gewerkschaftler haben ihre Position, in deren Ausnützung sie sich hätten Verdienste um die Arbeiterklasse erwerben können, nicht ausgenützt; sie haben es vorgezogen, ihre Klasse und die Sache ihrer Klasse zu verrathen und werden es sich denn auch gefallen lassen müssen, daß sie in Zukunft von ihren Arbeitsbrüdern als Ueberläufer, als Verräther an der Sache ihrer Klasse behandelt werden. Unser Kampf wird dann in Zukunft immer mehr nach zwei Fronten zu führen sein. Während wir uns bisher vornehmlich darauf beschränkten, mit Nachdruck den Kampf gegen das Unternehmertum zu führen und gegen Arbeiterorganisationen anderer Richtungen nur selten Angriffe richteten, werden wir uns in letzterer Hinsicht sehr zu bessern haben. Denn „Arbeiter“-Organisationen, die so sehr dem Interesse der Arbeiterschaft entgegenhandeln, wie es die christlichen Gewerkschaften in diesem Falle thun, die es förmlich mit Füßen treten, verdienen keine wohlwollende Behandlung mehr, aber auch Gleichgültigkeit gegenüber ihren Handlungen ist nicht am Plage — sie verdienen nur eine Bekämpfung bis auf's Aeußerste, und zwar keinen Kampf mit Kampfesbedingungen, wie sie würdigen Gegnern einzuräumen sind, sie verdienen nur die rücksichtsloseste Bekämpfung eines Verräthers. Es wird für die organisierte Arbeiterschaft von Interesse sein, ein wenig den Spuren dieser christlichen Arbeiterführer zu folgen, die Beweggründe zu beurtheilen, die sie bei ihrem Vorgehen leiteten, um daraus ihre Qualität bemessen zu können.

Es ist zunächst Herr Giesberts in München-Gladbach, christlicher Arbeiterführer, Arbeitersekretär und Mitglied des Ausschusses des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften, dessen arbeiterfeindliches Gebahren wir bereits in Nr. 8 der „Holzarbeiter-Zeitung“ würdigten, mit dem wir uns wiederholt zu beschäftigen haben. Der Herr hat nämlich den Muth gefunden, in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ auf den von uns gegen ihn ergangenen Angriff zu antworten. Das verdient von unserer Seite besondere Würdigung, um so mehr, da Herr Giesberts glaubt hervorheben zu müssen, daß er uns einer Antwort werth hält, im Gegensatz zu der sozialdemokratischen und freisinnigen Parteipresse, die sich mit wahrer Wollust auf seine Person geworfen, mit denen aber eine sachliche Diskussion nicht möglich sei. Es ist zweifelhaft, ob Herr Giesberts, der sich seinerzeit in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ dagegen verwahrte, daß er nur als Stredakteur dieses Blattes gelten solle und ausdrücklich die moralische Verantwortung für die von diesem Blatt gelieferte Kost, insbesondere aber die Urheberrechte für die agrarierfreundlichen Getreidezollartikel in Anspruch nahm, wegen dieses Vorwurfs nicht zu sehr zu seinen Gunsten urtheilt. Zu solchen Zweifeln muß man wenigstens kommen, wenn man beobachten muß, mit welcher Keckheit er im gleichen Athemzuge einen Ton anschlägt, der zum Mindesten am Sachlichen stark vorbeigeht.

Doch das nebenbei. Zunächst müssen wir Herrn Giesberts stark enttäuschen. Unsere Aeußerung, daß wir wohl von merkwürdigen Naturschauspielen, z. B. Rälbern mit zwei Köpfen und Hunden mit acht Beinen aber nie von einem Arbeiterführer, der sich als Vorkämpfer des Agrariertums aufspielt, gehört haben, glaubt Herr Giesberts so auffassen zu müssen, daß damit — nämlich mit dem Vorkämpferthum um Agrarierinteressen — „das Eintreten eines Arbeiterführers für die berechtigten Wünsche eines anderen

Berufsstandes, hier die Landwirtschaft, aus Gerechtigkeitsgründen gemeint ist. Anders begehrt die „D. Holzarbeiterztg.“, soweit Herr Giesberts gemeint, eine grobe Verleumdung, und das wollen wir dem Blatte doch nicht unterstellen. Dann aber ist damit nur bewiesen, daß die Herren der „Holzarbeiter-Zeitung“ zwar sehr gut in den Karitätenkabinetten, Panoptikums und Jahrmarktsbuden, wo derartige Naturspiele, wie „Rälber mit zwei Köpfen“ und „Hunde mit acht Beinen“ für 10 \mathcal{A} gezeigt werden, bekannt sind, aber sich noch wenig um die unter den elendesten Verhältnissen lebenden Landproletarier bekümmert haben. Wir geben ihnen deshalb den wohlgemeinten Rath, wenn sie nächsten auf das Land für ihre Gewerkschaft auf Agitation ausgehen, sich mal unter den Bauern umzusehen und, falls ihnen die Strohdächer nicht zu feuergefährlich sind, der Stallmist ihnen nicht zu sehr stinkt und die Bauernkost für ihre großstädtischen Mägen nicht zu derbe ist, es einmal eine Zeit lang als Agrarier zu versuchen. Vielleicht werden da die „Naturspiele“ der aus Gerechtigkeitsgründen für eine wirtschaftlich gedrückte Volksklasse eintretenden Arbeiterführer nicht mehr so selten sein, wenn nicht anders die berühmte „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ für die Genossen der „Holzarbeiter-Zeitung“ eine leere Phrase geworden ist.

Verzeihung, Herr Giesberts, daß wir Sie so enttäuschen müssen, denn obwohl wir in Panoptikums und Jahrmarktsbuden sehr wenig, in Karitätenkabinetten garnicht Bescheid wissen, obwohl wir aus den Erfahrungen unserer Kindheit die elenden Verhältnisse der Bauern und Landproletarier sehr genau kennen und uns nach dieser Richtung nicht erst in späteren Jahren aus agitatorischen Rücksichten darüber zu unterrichten nöthig hatten, müssen wir unsere so angefochtene Aeußerung, daß wir Herrn Giesberts für einen Vorkämpfer des Agrariertums halten, doch aufrecht erhalten, und zwar, indem wir den Hauptnachdruck auf das Wort Vorkämpfer legen. Es handelt sich in diesem Auftreten Giesberts eben um mehr als um die beliebige Aeußerung eines beliebigen Menschen. Wäre das der Fall, so könnte man einfach über Giesberts zur Tagesordnung übergehen. Aber Giesberts wäre der Erste, der gegen eine solche Behandlung seiner Person protestiren würde, und mit Recht, denn ein Mensch, der wie er es in der katholischen Arbeiterbewegung in kurzer Zeit zu einer so ausschlaggebenden Stellung gebracht hat, der bei den bürgerlichen Sozialreformern eine solche Bedeutung hat, daß er für würdig befunden wurde, in diesen Tagen in einem ihrer Konventikel mit einem Staatsminister a. D. gemeinsam über soziale Fragen reden zu dürfen, verdient mehr Beachtung. Seine Entgleisungen verdienen eine Kritik, und falls aus diesen Entgleisungen sich eine zielbewusste Schädigung der Arbeiterinteressen entwickelt, so verdient er, an den Pranger gestellt zu werden. Nun ist Giesberts deshalb gerade ein Vorkämpfer des Agrariertums, weil er der erste Arbeiter von Bedeutung war, der es wagte, mit einer solchen Freiheit die vitalsten Interessen des Arbeiterstandes mit Füßen zu treten. Wir kennen die christliche Gewerkschaftsbewegung von ihren ersten Anfängen an aus persönlicher Anschauung, wir kennen auch Herrn Giesberts noch aus dieser Zeit persönlich, wo er zuerst in der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervortrat, damals, als er noch nicht Arbeitersekretär war und noch den Dampfessel ströfte. Wir haben in dieser Zeit Vieles sehen und miterleben müssen an den christlichen Gewerkschaften, was uns, rein vom Standpunkt des Arbeiters betrachtet, nicht gefallen konnte. War es verwerflich, daß man überhaupt zur Gründung von

christlichen Gewerkschaften Schritt und diese in einen ausgeprochenen Gegensatz zu der bis dahin organisierten Arbeiterchaft, die in so großen Entbehrungen und Verfolgungen doch stets die Interessen der Arbeiterchaft vertreten hatte, so konnte man höchstens über die Verblendung und den Unverstand dieser christlichen Arbeiter betrübt sein. War es sträflich, wenn christliche Gewerkschaftler in der Folgezeit sehr oft der kämpfenden Arbeiterchaft in den Rücken fielen und zu Mißerfolgen derselben Anlaß gaben, so konnte man auch dann und wann zu einem bitteren Gefühl über die so mißrathenen und mißleiteten Arbeitsbrüder kommen. Aber soweit war jedenfalls keiner der christlichen Gewerkschaftler gegangen, daß er in einer so wichtigen Frage die Interessen der Arbeiterchaft mit Füßen getreten hätte. Deshalb verdient Herr Wiesberts das Prädikat eines Vorkämpfers des Agrarierthums — nämlich unter der Arbeiterchaft — und zwar eines Vorkämpfers für die unberechtigten Wünsche der Agrarier.

Ob Herr Wiesberts auf dieses Prädikat nun besonders stolz sein kann, wagen wir stark zu bezweifeln, und wir glauben, daß in späteren Zeiten, falls er sich mit den Pflichten eines Arbeiterführers ernstlicher, als es jetzt der Fall ist, bekannt gemacht haben sollte, es nur das Gefühl der Scham ist, das er übrig hat über seine jetzige Stellungnahme in dieser Frage und über die Rechtheit des Ausdruckes in der Begründung seines Standpunktes. In dieser Feststellung wissen wir uns von jeder Verleumdung frei, es sei denn, Herr Wiesberts will mit diesem Vorwurf gesagt haben, daß es auch vor ihm christliche Arbeiterführer von Qualität gegeben habe, die als Vorkämpfer der — unberechtigten — Forderungen der Agrarier auftraten. Mit einer solchen Feststellung, die für die Sache der christlichen Gewerkschaftler wohl alles Andere als angenehm sein konnte, wären wir schon eher befriedigt, wobei wir eine Beleidigung unserer Person, die uns aber wieder nicht treffen würde, schon mit in Kauf nehmen könnten.

Herr Wiesberts scheint sich das Blamable seiner Haltung noch garnicht richtig zum Bewußtsein gebracht zu haben. Es scheint dann nothwendig, sein Auftreten nochmals kurz zu würdigen.

Am 11. Dezember hielt der durch seine rückständigen Ansichten bekannte Rheinische Bauernverein in Köln seine Generalversammlung ab, wo unter Anderem über die jetzt im Vordergrund des Interesses stehenden Zollfragen verhandelt wurde, und zwar in einer Tonart, die der in den ostelbischen Agrarierkonventikeln angeflagelten in nichts nachsteht. In diesem — Bauernverein, in dem sonst nur Raum ist für Agrarier und Agrariergenossen, und zu dessen Generalversammlung der Regel nach nur Mitglieder zugelassen werden, absolvierte Herr Wiesberts sein Debüt als Schrittmacher der Brotwucherer. Was hatte Wiesberts überhaupt bei den Junkern und ihrem Anhang verloren? Sehr einfach. Als gewissenhafter Mann, der er nun einmal ist, wollte er sich persönlich durch Augencheinahme von der Noth der Landwirtschaft überzeugen — oder, wie er sich selbst ausdrückt: Auf Einladung eines befreundeten Landmannes ging er dorthin, „um so ganz still und unbemerkt die unerfülllichen, nothleidenden Agrarier in ihrer Thätigkeit beobachten zu können“. Natürlich war Das, was er in dieser Versammlung sah, für ihn so bestimmend, daß er direkt aus seiner Passivität heraustraten mußte. Diese Leute mußten sein Mitgefühl so rege gemacht haben, daß er sie unwillkürlich seiner Theilnahme versichern mußte. Und deshalb sein sofortiges rednerisches Eingreifen in einer Versammlung, die er nur mehr als Lernender aufgesucht hatte. Komisch nur, daß Herr Wiesberts den hilfsbedürftigen Agrariern nicht mit dem ganzen Vollen seines Namens beizuspringen mußte, sondern daß er sich hinter die Anonymität des Allgemeinbegriffes „ein Arbeiter“ versteckte. Schämte sich damals Wiesberts noch der Rolle, die er mit seinem Eintreten für die Erhöhung der Getreidezölle spielte?

Der todte Stumm und die lebende Arbeiterbewegung.

Der verordnete Freiherr von Stumm-Halberg war unfruchtig der an persönlicher Bedeutung hervorragende Mann unter den deutschen Großindustriellen. Wenn man ihn die Größe seiner Ueberzeugung auch nicht abstrahieren mag, so mag man doch mit aller Schärfe betonen, daß er in sozial-politischer Beziehung eine der unheilvollsten Erscheinungen des letzten Menschentums gewesen ist. Er war ein Mann des Antisemitismus und des Scharfmacherthums und ragt mit seinen torjandstündlichen Anschauungen wie eine Lanze aus vergangenem Zeiten in die Gegenwart hinein; Alles, was er that, geschah unter dem speziellen Stumm'schen Gesichtswinkel, daß die Arbeiter nur unter der Bevormundung durch den Unter-schwer zu wirtschaftlichen Seligkeit gelangen könnten; Freiheit

der Meinung und Freiheit des Handelns war Etwas, was nach Stumm'scher Maxime dem Arbeiter nicht zukam; in jedem Menschen, der gegen den Stachel seines Systems löste, erblickte er einen Revolutionär, der in jeder Weise unschädlich gemacht werden müsse.

So dürfte ungefähr das Urtheil lauten, das ein unparteiischer Beobachter der sozialpolitischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte über den Verstorbenen fällen wird. Die Scharfmacherpresse allerdings findet beim Tode ihres großen Königs einen willkommenen Anlaß, das im Absterben begriffene „System Stumm“ noch einmal im hellsten Lichte erstrahlen zu lassen. „Das Leben des Verstorbenen“, so heißt es in den Nekrologen der kapitalistischen Zeitungen, „war einer einzigen großen Aufgabe gewidmet: der Lösung der sozialen Frage auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. In den Parlamenten, in anderen öffentlichen Körperschaften, im Privatleben war dies der Grundzug aller seiner Bestrebungen. Stumm war der Erste, der mit der ganzen Wärme und Energie seines Temperaments die Idee der zwangsweisen Arbeiter-versicherung auf der parlamentarischen Tribüne vertrat. In den Jahren, in welchen später diese Idee zu einem der großartigsten Geseßgebungswerke, welche die Geschichte kennt, ausgestaltet wurde, hat er dem Reichstage nicht angehört, aber an der Lösung der großen Aufgaben ist er unausgesetzt theilhaftig gewesen, und wie sehr ihm die weitere Fortbildung des Versicherungswerkes am Herzen lag, erhellt daraus, daß er noch in den letzten Jahren wiederholt an die endliche Inangriffnahme der Wittwen- und Waisenversicherung gemahnt hat. Auch an dem, was man im engeren Sinne Arbeiterschutzesetzgebung nennt, ist Stumm stets mit hingebungsvollem Eifer thätig gewesen. Nicht wenige der betreffenden Geseßbestimmungen tragen den Stempel seiner reichen, auf praktischer Erfahrung beruhenden Sachkenntniß. Das Meiste, was auf diese Weise an Fürsorge für das Wohl der Arbeiter erst durch das Geseß erzwungen wurde, war in Stumm's gewaltigen Betrieben längst erfüllt. Es giebt wohl kein großindustrielles Unternehmen in Deutschland, in welchem die Interessen der Arbeiter mit mehr Gewissenhaftigkeit, Wohlwollen und Umsicht wahrgenommen würden. Und trotzdem steht Stumm beim Austritt aus dem Leben für weite Kreise im Ruf eines der selbstthätigsten Ausbeuter, eines der hartherzigsten Arbeiterfeinde! Warum? Weil er in seinem ganzen öffentlichen Leben ein unbersöhnlicher und unermüdlicher Gegner der Sozialdemokratie gewesen ist und alle Transaktionen mit derselben grundsätzlich von sich gewiesen hat. Man kann bezweifeln, ob das patriarchalische System, das Stumm in seinem viel geschmähten „Königreich“ bis an sein Ende beharrlich aufrecht erhalten hat, in seiner strengen Durchführung mit der unaufhaltsamen Entwicklung des sozialen Lebens auf die Dauer zu vereinbaren sei, aber der Kampf, den Stumm von diesem Boden aus gegen die Experimente unserer modernen und modernsten Sozialreformer führte, war berechtigt und nothwendig. Keiner hat mit solch' rücksichtsloser Schärfe die Gefahren dieses allmäligen Kapitulirens vor der Umkurzpartei ans Licht gestellt, wie Stumm. Nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch der Liberalismus bis weit in die Reihen der Nationalliberalen hinein, hat ihn dafür mit dem Namen eines „Scharfmachers“ bedacht. Er darf ihn als Ehrentamen mit in's Grab nehmen, zum Zeichen, wie in einer Zeit trauriger Erschlaffung des Staatsgefühls und des Bürgermuthes er einer der rastlosesten Warner und einer der tapfersten Verteidiger der monarchischen Staats- und Gesellschaftsordnung gewesen ist.“

Trotz der hervorragenden „Verdienste“ König Stumm's um die Erhaltung des kapitalistischen Systems alter Schule, muß die Scharfmacherpresse doch mit tiefer Behemuth einräumen, daß sich das „System Stumm“ bereits vor dem Tode seines Begründers überlebt hat. Weil er seine Gedanken zu offen und brutal aussprach, bereitete er seinen Freunden und Gesinnungsgenossen häufig Verlegenheiten und manch Einer mag wohl im Stillen geseufzt haben: „O, wärst Du, Stumm, doch stumm geblieben!“ Immer weiter rückten seine Kollegen von ihm ab und zuletzt stand er im Reichstage und im öffentlichen Leben ziemlich vereinsamt. Die kleinen Stummlinge, welche die Ideen ihres Führers im engeren Kreise als die Blüthe kapitalistischer Weltweisheit priesen, schämten sich, sich öffentlich zu ihnen zu bekennen; wenn sie auch in der Praxis und im Verkehr mit ihren Arbeitern nach wie vor geireulich den Stumm'schen Grundfäßen huldigten, so hielten sie es doch für angebracht, dem modernen Geiste hie und da ein kleines Zugeständniß zu machen. Niemand mag eben gern im Lichte der Deffentlichkeit als mittelalterlicher Reaktionsär herumlaufen und Jedermann hüllt sich gern in den Mantel der neuzeitlichen Ideen, sei er im Innern auch noch so rückständig.

Stumm war aus anderem Holze geschnitten; er wollte scheinen, was er war und mit brutaler Offenheit bekannte er sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit zu seinem „System“, er war nicht der Mann, der aus seinem kapitalistischen Herzen eine Würdegrube machte. Bei jeder sozialpolitischen Debatte, die im Reichstage stattfand, erschien er mit tödtlicher Sicherheit auf der Tribüne und sagte sein reaktionäres Sprüchlein aus; gleich unempfindlich gegen den Hohn und Spott seiner Gegner, wie gegen die mäßigenden Einwirkungen seiner Freunde, blieb er bei seiner Meinung, daß die moderne Entwicklung des

öffentlichen Lebens eine unheilvolle, verhängnißvolle Bahn einschlage; er war felsenfest davon überzeugt, daß die Arbeiter keinen Anspruch darauf machen dürften, als gleichberechtigte Personen resp. Faktoren im Wirtschaftsgetriebe betrachtet zu werden. Alles, was für die Arbeiterklasse geschah, sollte aus Wohlwollen oder Gnade geschehen, von einem Rechtsanspruch konnte nirgends die Rede sein. Wenn die Arbeiter auch heutzutage — leider! — im politischen Leben und in der Theorie als mit den Unternehmern gleichberechtigte Personen gelten, so sind sie doch in Wirklichkeit minderwertige Personen, moderne Lohnsklaven und der Willkür des Unternehmertums ausgeliefert; sie sind, kurz gesagt, Knechte, während ihre Ausbeuter das Herrenrecht besitzen. Das ist der Kernpunkt der Stumm'schen Weltanschauung: die Kapitalisten sind und bleiben die „Herren im Hause“, die Arbeiter sind und bleiben gehorsame Knechte.

Aus dieser Anschauungsweise entsprang die Behandlung, die er seinen eigenen Arbeitern angedeihen ließ; in seinem „Musterinstitut“ wurden die Arbeiter am Gängelbände geführt, wie die unmündigen Kinder; sie mußten ihren Brotvater und Patriarchen um Erlaubniß fragen, wenn sie heirathen wollten, sie durften nur diejenigen Wirtschaften besuchen, diejenigen Zeitungen lesen und denjenigen Vereinen angehören, die sich der Billigung ihres Herrn erfreuten; Stumm macht den Eindruck eines alten Mannes, der seine erwachsenen Söhne noch wie Schulbuben behandelt; die Meinung dieses Vaters mag sehr gut sein, sein Benehmen macht aber auf jeden Unbefangenen einen tragikomischen Eindruck. Aus der Stumm'schen Anschauung über das Verhältniß zwischen Arbeitern und Unternehmern erklärt sich auch sein öffentliches Auftreten, das an den Fanatismus längst vergangener Zeiten erinnert und als „Scharfmacherthum“ der modernen Entwicklungsgeschichte einverleibt worden ist; sein Haß gegen alle Diejenigen, welche das „System Stumm“ nicht für das Ideal moderner Weisheit erklärten, mochte es sich um nationalsoziale Pastoren, sozialreformerische Professoren oder gar um „gottverfluchte Sozialdemokraten“ handeln, hatte etwas Don Quichotisches an sich. Und in der That dürfte man dem Todten kein Unrecht thun, wenn man ihm den Don Quichote des Kapitalismus nennt; gleich jenem fahrenden spanischen Ritter, der den Glanz des verfinckenden Ritterthums wieder herstellen wollte, kämpfte auch Stumm für eine zu Grabe getragene Weltanschauung. Dieses sein tragikomische Gebahren veranlaßte Debel, ihn eines Tages im Reichstage ebenso treffend wie unparlamentarisch einen „komischen Kauz“ zu nennen. Oder muß es nicht auf jeden halbwegs modernen Menschen halb lächerlich und halb traurig wirken, muß es nicht theils zum Lachen und theils zum Weinen reizen, wenn ein Mann wie Stumm mit der Miene und dem Gebahren eines Weltweisen Ideen zu Tage förderte, die andere Leute längst in die Kumpelkammer geworfen haben?

Das fühlten auch seine Berufsgenossen instinktiv und deshalb verlor das „System Stumm“ immer mehr Anhänger; es entwickelte sich ein modernes Unternehmertum, das den Patriarchalismus über Bord wirft und der Gleichberechtigung des Unternehmers mit dem Arbeiter das Wort redet. Als ein Vertreter dieses modernen Unternehmertums kann der Berliner Fabrikant D. Weigert gelten, der aus einer 40jährigen praktischen Erfahrung heraus zu ganz entgegengesetzten Resultaten gekommen ist, als Stumm. Während Letzterer den Standpunkt vertrat, der in einer Eingabe des Verbandes der Metall-Industriellen an den Grafen Posadowsky zum Ausdruck kam: „Die Gleichberechtigung in dem von den modernen Sozialpolitikern gebrauchten Sinne weisen wir entschieden zurück. In der Politik und vor dem Geseße hat der Arbeiter in unserem Vaterlande volle Gleichberechtigung, in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung ist er von ihr durch unsere bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unbedingt ausgeschlossen; denn auf diesen Gebieten tritt u. A. die Scheidung zwischen den Rechten der Arbeitgeber und den Rechten der Arbeiter ein, die von der Entwicklung der Verhältnisse geboten und als wesentlichste Grundlage für den Bestand derselben zu betrachten ist. Als eines dieser Rechte nehmen wir in Anspruch, daß der Arbeitgeber Herr in seinem Betriebe sein und bleiben muß, denn nur er ist für das Gedeihen des Betriebes verantwortlich.“ hat Weigert die Nothwendigkeit erkannt, daß Arbeiter und Unternehmer auf dem Fuße der Gleichberechtigung miteinander verkehren müssen. „Dies geht allerdings den Stummlingen wider den Strich“, so schrieb er schon vor zwei Jahren in einer Broschüre, „denn auch im wirtschaftlichen Leben, wie im politischen, fällt es großen mächtigen Herren schwerer, die Wahrheit zu erkennen, als denen, die ohne den Nimbus des Glanzes und der Furcht im täglichen Verkehr dastehen und die Meinungen anderer Stände auf sich wirken lassen. Diese Art ist im deutschen Unternehmertum, Gott sei Dank, noch weit verbreitet. Die großen und die kleinen Stumm's, die wünschen, daß in allen Fragen der gewerblichen Verwaltung der Arbeitgeber nur befehlen und der Arbeiter nur gehorchen solle, haben kein Recht, im Namen der deutschen Industrie zu reden. Diese Industrie wird vielmehr den Ruf ihrer Tüchtigkeit gerade auch darin bewahren, daß sie für ein Zusammenwirken von Arbeitgebern und Unternehmern auf dem Fuße der Gleichberechtigung neue moderne Formen schafft.“

Erst die Zukunft kann uns lehren, wie weit diese Weigert'schen Ideen im deutschen Unternehmertum Wurzel gefaßt haben,

hat schließlich hat sich das System Stumm heute überlebt, es ist bereits vor seinem Begründer in's Grab gesunken. Nicht minder auch scheint der unheilvolle Einfluß, den der große Scharfmacher nach oben hin ausgeübt hat, im Schwinden begriffen zu sein, wenigstens besaß er nicht mehr wie früher das Ohr des Kaisers.

Wie dem aber auch sei, der große König von Saarabien ist tot, er ist sang- und klanglos in's Grab gesunken. Die Arbeiterbewegung aber lebt. Die Arbeiterbewegung, die er so bitter bekämpfte, die er mit Feuer und Schwert ausrotten wollte, triumphiert über ihren grimmigsten Gegner; sie setzt ihren Siegesmarsch fort durch die Bande und denkt kaum noch ihres Feindes, dessen Leib vermodert in der engen Gruft und dessen Geist verweht ist in die Winde. Das ist nun einmal das große Gesetz der Entwicklung, daß das Neue siegt über das Alte und daß sich die neuen, lebensvollen Ideen nicht aufhalten lassen. Und wie heute die Frühlingsstürme dahindraufen über den Grabhügel in Halberg, so werden auch die Freiheitsgedanken die Welt durchziehen bis in die fernsten Winkel.

Der große Scharfmacher ist tot, aber noch leben Tausende von kleinen Stämmelchen und Miniaturproben, die der Arbeiterbewegung Steine in den Weg rollen. Soll uns das Wange machen? Mit nichten! Die Arbeiterbewegung, die mit dem Alten im Sachsenwalde und dem König von Saarabien fertig geworden ist, wird auch das kleine Gewürm überwinden, das ihr den Untergang bereiten will; die Schrumpfgestalten der Despoten werden eine Bewegung nicht zu hemmen vermögen, welche über den todben Stumm zur Tagesordnung übergegangen ist.

Rechenschaftsbericht der Generalkommission vom 1. April 1899 bis zum 31. Dezember 1900. Statistik. (Schluß.)

Die Generalkommission war bemüht, das Material, welches die Berufs- und Gewerbezahlung von 1895 enthielt, den Gewerkschaften zugänglich zu machen. Es sind drei größere Auszüge aus den Ergebnissen dieser Zahlung gemacht und in „Correspondenzblatt“ veröffentlicht worden. Eine weitere Zusammenstellung aus den Ergebnissen der Gewerbezahlung ist in Bearbeitung. Die alljährlichen Statistiken über die Streiks und über den Stand der Gewerkschaftsbewegung sind nach Möglichkeit verbessert worden.

Die Streikstatistik ist vollständig umgestaltet. Während bis zum Jahre 1900 die Materialien für die Statistik durch Umfrage am Jahreschluß gewonnen wurden, sind nunmehr die Einrichtungen so getroffen, daß fortlaufend in allen Gewerkschaften nach von der Generalkommission herausgegebenen Formularen die Statistik geführt wird. Diese Neueinrichtung verursachte der Generalkommission nicht unerhebliche Arbeit. Sie wird aber nicht nur ermöglichen, daß die Streikstatistik früher als in den vorhergehenden Jahren veröffentlicht werden kann, sondern es ist dadurch, daß nicht, wie bisher, summarisch, sondern über jeden einzelnen Streik berichtet wird, die Genauigkeit erhöht und die Vergleichbarkeit mit der amtlichen Streikstatistik gegeben.

Daß die amtliche Statistik diejenige der Gewerkschaften nicht etwa entbehrenlich macht, ist schon früher von uns betont worden. Es hat sich gezeigt, daß die Gewerkschaftsstatistik zur Kontrolle der amtlichen absolut notwendig ist. In dem amtlichen Bericht über die Streiks im Jahre 1899 ist zwar darauf verwiesen, daß die beiden Statistiken nicht miteinander vergleichbar sind, weil die Zahlung seitens der Behörden nach Verwaltungsbezirken, seitens der Gewerkschaften aber nach Berufen erfolgt. Ohne daß die Zählmethode der Gewerkschaften geändert zu werden braucht, wird sich für die Zukunft doch, wie schon angeführt, ein Vergleich ermöglichen. Dadurch wird dann wohl die ursprünglich vorhandene übliche Absicht, aus der amtlichen Streikstatistik Material gegen die Gewerkschaften gewinnen zu können, endgültig schwinden. Vielleicht auch kommt man dann an maßgebender Stelle noch zu der Erkenntnis, daß untergeordnete Polizeiorgane nicht geeignet sind, die ersten Erhebungen über die Streiks zu machen, und schafft hier Wandel. Dann würde die amtliche Streikstatistik sich zu einem wertvollen Teil der Reichsstatistik entwickeln können. Die Gewerkschaftsstatistik ist deshalb zur Zeit wertvoller als je zuvor. Dessen sollten die Beamten der Gewerkschaften, welche als Leiter der Streiks die ersten Materialien an die Verbandsvorstände einzuliefern haben, eingedenk sein. Die ihnen zugewiesene Arbeit ist nicht leicht und nicht gering, aber die Bedeutung, welche diese Arbeit für unsere Bewegung hat, muß die Beteiligten anspornen, ihre ganze Kraft der Sache zu widmen.

Konferenzen, Generalversammlungen und Kongresse.

Von der Generalkommission wurde gemäß dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses eine Konferenz der Verbandsvorstände arrangiert, unter welchen Meinungsverschiedenheiten über die Abgrenzung des zu gewinnenden Mitgliederkreises vorhanden sind. Die Konferenz fand am 8. April 1900 in Hamburg statt, und waren Vertreter von 18 Verbandsvorständen anwesend. Wenn auch keine bindenden Beschlüsse gefaßt worden sind und gefaßt werden konnten, so hat doch die Aussprache der beteiligten Parteien dazu beigetragen, daß objektiv über die Frage der Zugehörigkeit zu der einen oder der anderen Organisation geurteilt werden wird.

Da für die Ziegler eine eigene Organisation nicht bestand und der Verband der Ziegler, welcher die Ziegler längere Zeit als Mitglieder aufnahm, beschlossen hatte, diese Praxis nicht mehr zu befolgen, so wurde unter den beteiligten Organisationen eine Vereinbarung dahin getroffen, daß die Ziegler im Verbandsverband der Fabrikarbeiter Aufnahme finden sollten. Neuerdings hat sich jedoch wieder ein eigener Zieglerverband mit dem Sitz in Detmold gebildet. Das Lippe'sche Gebiet, wo auch der christliche Zieglerverband seinen Sitz hat, ist das geeignetste für den Sitz einer Zieglerorganisation.

Von den Gewerkschaften des Ruhrgebiets wurde am 25. Juni 1899 eine Konferenz in Mülheim a. d. Ruhr arrangiert. Besprochen wurde die Gründung von Arbeitersekretariaten und die Einsetzung einer allgemeinen Agitationskommission für das Ruhrgebiet. Letztere sollte die von der Agitationskommission der einzelnen Branchen betriebene Agitation

übernehmen. Gegenüber der auf der Konferenz vertretenen Meinung, daß in dem Bezirk Arbeitersekretariate auf Kosten der Generalkommission errichtet und erhalten werden sollen, wurde von dem amwesenden Vertreter der letzteren erklärt, daß nach dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses die Generalkommission eben nur Zuschüsse zu solchen Sekretariaten leisten könne. Vorbedingung wäre also, daß zunächst die organisierten Arbeiter des betreffenden Bezirks durch Leistung entsprechender Beiträge beweisen, daß sie das Bedürfnis für Errichtung solcher Sekretariate empfinden.

Dasselbe wurde den auf den Beschluß des Gewerkschaftskongresses sich stützenden Anforderungen zur Beihilfe für Errichtung von Sekretariaten in einer ganzen Anzahl anderer Orte und Bezirke entgegengehalten. Nur in einem Falle hat bisher die Generalkommission einen dauernden Zuschuß von M. 600 jährlich für ein solches Sekretariat zugesagt.

Die Uebertragung der gesamten Agitation an die erwähnte Agitationskommission erfolgte nicht, weil die Mehrheit der befragten Vorstände der Meinung war, daß die Agitation zweckmäßiger durch Branchenkommissionen betrieben werde. Deswegen unterließ auch die in Aussicht genommene Gewährung von Mitteln an die genannte Kommission.

Die Besichtigung einer ähnlichen Konferenz, welche in Herbolz stattfand, wurde unter diesen Umständen abgelehnt.

Die zwischen dem Verband der Textilarbeiter und dem niederrheinischen Weberverband ausgebrochenen Differenzen suchte die Generalkommission durch Verhandlungen, welche unter den beiderseitigen Vorständen, unter Anteilnahme eines Vertreters der Kommission stattfanden, auszugleichen. Der Ausgleich gelang nicht, weil der niederrheinische Verband die einzig mögliche Lösung der Differenz, das Eingehen eines festen Kartellverhältnisses mit dem deutschen Textilarbeiterverband, ablehnte.

Auch den Streit zwischen dem Verband der Lithographen und Steinbrücker und dem neu gegründeten Lithographenverband suchte die Generalkommission zu beendigen. Auf ihre Veranlassung fand am 10. Dezember 1900 in Saalfeld eine Konferenz von Vertretern der beiden Verbände statt. Die dort gefaßten Beschlüsse waren derart, daß eine Einigung in festerer Aussicht stand. Ob die Vorkonferenz für die Durchführung dieser Beschlüsse sorgen werden, läßt sich noch nicht bestimmen sagen.

Seit dem letzten Gewerkschaftskongress fanden insgesamt 36 Generalversammlungen respektive Verbandsstage der einzelnen Berufe statt.

Von diesen Generalversammlungen respektive Verbandsstagen wurden 24 durch Vertreter der Generalkommission besucht. Es waren dies die Verbandsstage folgender Berufe: Barbier, Bergarbeiter, Buchdruckhilfsarbeiter, Dachdecker, Fabrikarbeiter, Former, Gärtner, Gastwirtsgehilfen, Gemeindebetriebsarbeiter, Glaser, Graveure, Hafenarbeiter, Holzarbeiter, Maler, Maschinisten, Porzellanarbeiter 1899 und 1900, Schneider, Schuhmacher, Steinseher, Textilarbeiter, Töpfer und Vergolder. Die Delegation erfolgte fast ausnahmslos auf Wunsch der Vorstände der betreffenden Organisationen.

Ein Kongress der Lithographen, der am 17. September 1899 in Leipzig stattfand, hatte sich mit der Frage zu beschäftigen, ob die Lithographen auch ferner dem Verbandsverband der Lithographen und Steinbrücker angehören sollen und ob der neu gegründete Lithographenverband einem Bedürfnis entspreche. Auch zu diesem Kongress, der sich dafür aussprach, daß die Lithographen vollauf ihre Interessen in dem alten Verbandsverband vertreten finden, hatte die Generalkommission einen Vertreter entsandt. Desgleichen zu dem Allgemeinen Fachkongress der Gewerkschaften am 6. März 1900 in Berlin, zu dem Internationalen Textilarbeiterkongress am 18. Juli 1900 in Berlin, dem Kongress der Gewerkschaften Oesterreichs am 11. Juni 1900 in Wien und zu dem Kongress der Gewerkschaften Belgiens am 24. Dezember 1900 in Brüssel.

Die Teilnahme an einem von den Gewerkschaften Frankreichs einberufenen Internationalen Gewerkschaftskongress lehnte die Generalkommission mit der Motivierung ab, daß, soweit allgemeine internationale Fragen gewerkschaftlicher Natur zu berathen sind, dies bis auf Weiteres in ausreichendem Maße durch den Internationalen sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongress geschehen könne. Zu diesem Kongress, der am 23. September 1900 in Paris stattfand, hat die Generalkommission zwar einen offiziellen Vertreter nicht entsandt (zwei Mitglieder der Kommission waren von anderer Seite dorthin delegiert), jedoch den Delegierten des Kongresses einen gedruckten Bericht über die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland übermittelt. Der Bericht, in deutscher, englischer und französischer Sprache abgefaßt, wurde in 500 Exemplaren auf dem Kongress verteilt.

Zu einem Internationalen Arbeiterschuttkongress, der am 25. Juli 1900 in Paris stattfand, wurde die Generalkommission nicht nur eingeladen, sondern es erging an sie, resp. an ihren Vorsitzenden auch die Aufforderung, das Einberufungsschreiben mit zu unterzeichnen. Beides wurde abgelehnt. Die Ablehnung wurde damit motiviert, daß ein Vortheil für die Arbeiterschaft aus dem Kongress nicht erwachsen werde. Soweit die Propaganda für internationalen Arbeiterschutz notwendig und möglich, müsse sie sich auf die Verhandlungen des Arbeiterschuttkongresses in Zürich stützen. Dieser Propaganda dienen aber die internationalen Arbeiterschuttkongresse in größerem Maße, als dies von bürgerlichen Sozialpolitikern einberufene Kongresse können.

Die Arbeiterversicherung.

Der Gewerkschaftskongress beauftragte die Generalkommission, für Aufklärung der Arbeiter über die Bedeutung der staatlichen Arbeiterversicherung zu sorgen und die Wahlen der Arbeitervertreter zu leiten.

Dem erzielten Auftrage ist die Kommission durch Herausgabe der Broschüre über die Arbeiterversicherung nachgekommen. Auch der Vorbereitung der Wahlen soll diese Broschüre dienen. Unter den gegebenen Verhältnissen war jedoch mit einem großen Erfolg der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bei diesen Wahlen nicht zu rechnen.

Sowohl bei den Wahlen der Vertreter resp. Beisitzer bei den Rentenstellen Ende 1899, als auch bei den Wahlen der Beisitzer in den Schiedsgerichten Ende 1900 hat die Generalkommission in den Betracht kommenden Gewerkschaftskartellen durch Zirkulare Anleitung für die Theilnahme an den Wahlen gegeben. In einzelnen Orten sind nach den hierher eingelaufenen Berichten auch die von den Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten gewählt worden. In den nächsten Jahren muß, und dazu giebt die genannte Broschüre Anleitung, von unten heraus für diese Wahlen Vorbereitung getroffen werden. Dann wird, da schon unter den gegebenen ungünstigen Verhältnissen theilweiser Erfolg erzielt worden ist, der Erfolg ein allgemeiner sein. Da bei

all diesen Wahlen die Art der Organisation der Krankenkassen entscheidend ist, so hat die Generalkommission begonnen, zunächst durch Umfrage bei den Verbandsvorständen Material zu sammeln, damit die Frage, welche Kassenart von den Gewerkschaften zu bevorzugen ist, allgemein entschieden werden kann.

Einem von der Berliner Gewerkschaftskommission gemachten Vorschlage, in Berlin ein Sekretariat zu errichten, welches die Vertretung der Versicherten vor dem Reichsversicherungsamt übernehmen soll, konnte die Generalkommission nicht zustimmen. Sie erkannte an, daß eine solche Einrichtung notwendig und daß es Sache der Gewerkschaften ist, sie zu schaffen. Genaue Berechnungen haben jedoch ergeben, daß die Generalkommission aus den regelmäßigen Einnahmen die nicht unbedeutenden Kosten resp. die erforderlichen Zuschüsse für eine solche Einrichtung nicht leisten kann. Es muß deshalb die Entscheidung über die Frage dem nächsten Gewerkschaftskongress überlassen bleiben.

„Correspondenzblatt“, Broschüren, „L'Operaio Italiano“

Die Erhöhung der fortbauenden Einnahmen der Generalkommission ermöglichten es dieser, dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses entsprechend, das „Correspondenzblatt“ zu vergrößern und besser auszugestalten. Seit dem 1. April 1900 erscheint das Blatt regelmäßig sechsheftig im bisherigen Format und seit dem 1. Januar 1901 in etwas vergrößertem Format in demselben Umfange. Ein Redakteur, welcher sich ganz der Herstellung des Inhalts widmen konnte, wurde angestellt.

Die Auflage des Blattes stieg von 8950 Exemplaren im Juni 1899 auf 10 900 im Dezember 1900. Das Blatt wird in 1024 Einzelsendungen expedirt.

Die schon erwähnte Broschüre: „Die Vertreter in der Arbeiterversicherung und deren Aufgaben“ wurde in 10 000 Exemplaren hergestellt. Jeder Bevollmächtigte eines Zweigvereins soll ein Exemplar gratis zur Verwendung bei der Agitation erhalten. Die Zustellung dieses Exemplars erfolgt durch den Vorstand der betreffenden Organisation. Den Mitgliedern der Organisationen wird die Schrift zum Selbstkostenpreise abgegeben.

Nachdem durch reichsweite Aufhebung des Verbindungsverbot für politische Vereine die in den letzten Jahren erfolgten Forderungen der Vereinsgesetze einen gewissen Abschluß erhalten haben, wurde die längst vergriffene Schrift: „Anleitung zur Bemühung des Vereins- und Versammlungsrechtes“ neu herausgegeben. Die Schrift, welche entsprechend den neueren Gesetzesbestimmungen und der geltenden Polizei- und Gerichtspraxis angepaßt ist, wurde in 5000 Exemplaren hergestellt.

Die italienische Zeitung „L'Operaio Italiano“ scheint einem dringenden Bedürfnis zu entsprechen. Während im Jahre 1899 die höchste Auflage 3000 betrug, stieg sie im letzten Jahre auf 4400. In den Wintermonaten, wenn die italienischen Arbeiter in ihre Heimath zurückkehren, geht die Auflage selbstverständlich zurück.

Zur Unterstützung der Agitation unter den Italienern wurde auch eine Broschüre in italienischer Sprache herausgegeben und in 4000 Exemplaren hergestellt.

Als Lohn für die Aufklärungsarbeit, welche der Verfasser der Broschüre und Redakteur von „L'Operaio“ unter den italienischen Arbeitern im Interesse des Kulturfortschritts betrieb, überreichte ihm die Hamburger Polizeibehörde einen Ausweisungsbesehl. Der Ausgewiesene, ein Schweizer Bürger, war höchlich verwundert, einen solchen Beweis von der Freiheit in der sogenannten Republik Hamburg zu erhalten.

Da bei der allgemein bekannten Liebenswürdigkeit der Hamburger Polizeibehörde von vornherein mit der Eventualität der Ausweisung eines Redakteurs, der nicht Reichsangehöriger ist, gerechnet wurde, so traf der geführte Schlag nicht. Das Blatt konnte ruhig weiter erscheinen, ohne an seinem Inhalte auch nur das Geringste einzubüßen.

Der Rassenbericht

zeigt eine Einnahme von M. 100 266,55 und eine Ausgabe von M. 71 680,57, so daß ein Rassenbestand von M. 28 585,98 besteht gegenüber M. 34 792,90 am 1. April 1899. Von den Ausgaben sind bemerkenswerth M. 22 160,77 für Agitation gegen die Zucht-hausvorlage, M. 2634,55 für Agitation in Oberschlesien, M. 680 für Agitation in Posen und M. 1818,65 für allgemeine Agitation.

Zu erwähnen wäre noch, daß die Generalkommission eine Sammlung für die Ausgesperrten in Dänemark veranstaltete und die Versammlungen in Deutschland arrangierte, in welchen Delegirte der Ausgesperrten referirten. Seitens der Generalkommission wurden M. 133 300 nach Dänemark gesandt. Der nach Beendigung der Aussperrung eingegangene Betrag von M. 7994 wurde der Kasse der Generalkommission überwiesen und als Darlehen den Verbänden übergeben, welche größere Streiks zu führen hatten.

Einschließlich der von anderer Seite direkt nach Dänemark gesandten Summen wurden aus Deutschland M. 217 572 den Ausgesperrten überwiesen. Eine Sammlung zur Unterstützung der freitenden Bergarbeiter in Oesterreich ergab den Betrag von M. 49 000, welche an die österreichische Gewerkschaftskommission abgeführt wurden.

Bezüglich der inneren Verwaltung wollen wir, um nicht Einzelheiten anzuführen, nur bemerken, daß die Generalkommission 81 und der Gewerkschaftsausschuß 6 Sitzungen seit dem letzten Gewerkschaftskongress abgehalten hat. In der Besetzung der Aemter, der Höhe der Gehälter und der Entscheidung für Sitzungen sind Veränderungen seit dem letzten Kongress nicht eingetreten.

Der erfreuliche Aufschwung, welchen die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland in den letzten Jahren zeigt, wird voraussichtlich auch in den weiteren Jahren anhalten. Die Kommission wird nach wie vor bemüht sein, ihr bestmöglicher Theil zur äußeren Entfaltung und inneren Erstärkung der Gewerkschaften beizutragen.

Hamburg, 4. Febr. 1901.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
E. Regen, Vorsitzender.

Mundschau.

Das Streikpostenverbot des Lübecker Senats, welches bekanntlich vom Reichsgericht im Strafverfahren gegen den Reichstagsabgeordneten Genossen Hermann Wollenbuhr für rechtsungültig erklärt worden ist, wurde nunmehr vom Senat aufgehoben!

Die Scharfmacher im Berliner Tischlergewerbe, die Dr. Kahardt und Konjorten, lassen bei jeder Gelegenheit ihren Haß gegen den früheren, langjährigen Vorsitzenden der Berliner Tischlerinnung, Herrn Marschall, die Fingel schießen. Marschall, der jetzt einen Wirkungskreis in dem Tischlermeisterverein „Reform“ gefunden hat, wo gegen die Machtgellüste der Zwangsinnung manches scharfe und treffende Wort gesprochen wird, hielt dort jüngst einen Vortrag über das Thema: „Welchen Nutzen bringt der Arbeitgeber-Schutzverband den Berliner Tischlermeistern“, in dem er gegen diese Unternehmerorganisation, weil für die Berliner Tischlermeister ungeeignet und schädlich, Stellung nahm. „Wollen wir“, so führte Marschall aus, „denn den Großfabrikanten (in der Provinz) dazu verhelfen, daß sie die Türen und Fenster für einen Preis nach Berlin liefern, welcher weit unter dem von den Berliner Tischlermeistern festgesetzten Selbstkostenpreis steht? Ich glaube nein; gehören wir aber dem Verbanne an, so sind wir gezwungen, jenen Fabrikanten beizustehen und werden dadurch unsere eigene Existenz untergraben. Ich bin stets der Meinung gewesen, daß gerechte Forderungen der Arbeitnehmer bewilligt werden müssen, ungerechte Forderungen aber auch energisch zurückzuweisen sind. Liegt es aber nicht in der Natur der Sache selbst, daß Forderungen unserer Arbeiter in Berlin als gerechtfertigt anerkannt, in Hamburg oder Köln aber als ungerecht zurückgewiesen werden! Aus diesen angeführten Gründen, ist der Schutzverband nicht zu empfehlen, sondern zu bekämpfen. Der Verband scheint mir weniger zum Schutze der Tischlermeister gegründet zu sein, als vielmehr dazu zu dienen, einigen Herren eine Lebensstellung zu verschaffen. Wäre Ersteres der Fall, so würde man sich dem hier in Berlin bestehenden Schutzverbände einfach angeschlossen haben, wodurch man nicht diese hohen Beiträge des Verbandes Deutscher Tischlermeister zu zahlen hätte, wie ihr Statut vorschreibt, sondern vielleicht kaum den dritten Teil, dafür aber in Wirklichkeit gegen ungerechte Forderungen des Arbeitnehmers geschützt sein. Dieses ist auch sehr erklärlich; denn die Verhältnisse der verschiedenen Handwerke in Berlin liegen ziemlich gleich, so daß durch einen Beschluß zur Ablehnung oder Bewilligung der Forderung kein anderes Gewerbe geschädigt wird.“

Nach einer ausführlichen Kritik des Statuts kam Redner zu dem Schlußresultat, daß er den Berliner Tischlermeistern nicht empfehlen könnte, dem Schutzverbände beizutreten. Es wurde dann auch nach einer in diesem Sinne gehaltenen Diskussion einstimmig eine Resolution angenommen, die diesen Standpunkt zum Ausdruck bringt und in der die Berliner Tischlermeister direkt zu einer Bekämpfung des Schutzverbandes aufgefordert werden.

Der „Günterschen“ paßt diese Stellungnahme selbstverständlich nicht in den Kram. Sie wehrt in allen Tonarten gegen Marschall, sie redet in Beziehung auf ihn von Parteilichkeiten und Sehnsüchten, da sie aber von einem „gewissen aristokratischen Hauch unmittler ist“, bringt sie es neben diesen Schimpfereien nur zu einem mildeidigen Lächeln. Ob das aber ausreicht zu der Beweisführung, daß ihre Gründe für den Schutzverband durchschlagender sind, als die Vernunftgründe, die Herr Marschall gegen denselben anzuführen weiß, wagen wir stark zu bezweifeln.

Von der Fabrikinspektion. Für die Tätigkeit der Fabrikinspektoren hatte es stets besondere Bedeutung, wenn es ihnen gelang, einen regeren Verkehr mit den Arbeitern zu unterhalten und sich gewissermaßen das Vertrauen derselben zu erwerben. Die ganze Aufsichtstätigkeit der Aufsichtsbeamten gewann damit immer mehr an innerem Gehalt, weshalb es bisher immer noch das Streben jener Beamten, die es mit ihrem Beruf ernst nehmen und sich gegen oben die nötige Freiheit der Ueberzeugung erhalten hatten, die sich nur durch das Pflichtbewußtsein beeinflussen läßt, direkte und fortgesetzte Verbindung mit den Arbeitern zu suchen. In dieser Hinsicht zeichnen sich besonders die Inspektoren von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen aus, im wohlthätigen Gegensatz zu dem fast ausschließlich amtlichen Charakter tragenden Verkehr, wie er besonders in Sachsen und Preußen von den Aufsichtsbeamten mit den Arbeitern gepflegt wird. Besonders pflichteifrige Beamte haben sich nicht damit begnügt, sich in einer das Vertrauen der Arbeiter herausfordernden Weise diesen zur Verfügung zu stellen oder die heiderseitige Fühlungnahme zu erleichtern. Sie sind zu den Arbeitern in ihren Versammlungen gegangen, um dort im Interesse des Arbeiterschutzes aufklärend zu wirken durch Vorträge und Besprechungen. Einzelne sachliche und preisliche Beamte konnten sich allerdings nur dazu aufschwingen, solche Vorträge in evangelischen oder katholischen Arbeitervereinen, oder in kirchlich-wirtschaftlichen Gewerbevereinen zu halten, wie die klassenbewußten Gewerkschaften den meisten dieser Herren überhaupt nur als eine quantität negligable, als ein „Eräuteln“ nicht an „gallen“. Anders verschiedene Beamte Süddeutschlands, wo man überhaupt immer den in dieser Hinsicht besseren Verhältnissen begegnet. Da ist es vor allem der Regierungs- und Gewerberath Wolf in Straßburg, jener Beamte, der überhaupt stets in unerschütterlicher Weise seinen Pflichten als Aufsichtsbeamter entspricht, der sich ohne jedes Bedenken, einer Einladung des Straßburger Gewerkschaftsrates folgend, den Gewerkschaften zu Aufklärungs-vorträgen zur Verfügung stellte. Ein gleiches Pflichtbewußtsein zeichnet den Fabrikinspektor Fuchs in Pforzheim aus. Dieser Beamte betrieb vor einiger Zeit zum Zweck der Aufklärung der Arbeiter eine Versammlung, um hier über Fragen der Gewerbeaufsicht zu reden. Der von ihm gehaltene Vortrag bewegte sich natürlich ganz im Rahmen der der Fabrikinspektion gesteckten Grenzen. Aber dieses Vorgehen hat nichtsdestoweniger den Jura der Kapitalistenblätter verursacht, um so mehr, als der genannte Beamte vornehmlich frei genug war, den Vorfall der von ihm benutzten Versammlung einem bekannten Sozialdemokraten zu übertragen. Besonders ist es das „Oberloos“-Machbarblatt, das unter dem Namen „Berliner Wende Nachr.“ die Gewerbeaufsicht der bezahlten Prefstrabanten des Submittellverbandes, des Wahren Schweinburg, bezog, das gegen Herrn Fuchs loswettert.

Der Straßburger, sagt das edle Blatt, hat eine allgemeine prinzipielle Bedeutung und ist als solcher gerade in Baden nicht neu. Herr Fuchs erscheint nur als Schüler des ältesten und angesehensten der badischen Fabrikinspektoren, des bekannten Herrn Börschöffer. Demnach ist es nicht unbedeutend, daß die Unzufriedenheit mit der Handlungsweise des Herrn Fuchs stärker und verbreiteter ist, als dies zu jener Zeit der Fall war, da Herr Börschöffer seine eigenartige Ansicht von den Zentralinspektoren eines staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten einführte.

Vielleicht wird dieser Umstand der badischen Regierung über kurz oder lang doch einmal die Erwägung nahelegen, ob nicht die Instruktion der Fabrikinspektoren einer Revision zu unterziehen sei.“

Das Scharfmacherblatt ist darüber entrüstet, daß die Fabrikinspektoren sich ihr Urteil nicht aus eigener Anschauung bilden, sondern „vorzugsweise“ auf Grund dessen, was ihnen von unzufriedenen Arbeitern in Sprechstunden, zu denen sie amtlich (wie schrecklich!) einladen, zugetragen wird. Die Beamten erscheinen dem Kruppblatt so als die Anwälte der Arbeiter, die durch eine solche Thätigkeit die Arbeiter zu allerlei Angebereien anreizen. Der Fabrikinspektor aber erscheint in der Rolle des Staatsanwalts und der Arbeitgeber ist auf der Anklagebank. Unter solchen Umständen ist stark zu befürchten, daß das Institut der Fabrikinspektoren, das eine Stütze des sozialen Friedens werden sollte, tatsächlich zur Schürung des sozialen Krieges führt.“

Mehr aber noch als diese „Entwickelung der Fabrikinspektion“ flößt dem Berliner Unternehmerblatte der Verkehr der Beamten mit notorischen Sozialdemokraten Bedenken ein. „Was wir für unmittelbar verderblich halten, ist die Anfreundung zwischen den Beamten der Fabrikinspektion und den Führern der Sozialdemokratie. Wir meinen nicht, daß die Aufsichtsbeamten bei der Ausübung ihrer Obliegenheiten nach der politischen Richtung der Arbeiter zu fragen hätten; wohl aber ist es ihre Pflicht, ein Vertrauensverhältnis zu notorischen Agitatoren der Sozialdemokratie zu vermeiden. Ohne Zweifel liegt den Beamten bei einem solchen Verhältnis jede schlimme Absicht fern. Sie glauben, mit beratenden Führern anknüpfen zu sollen, nicht weil sie Sozialdemokraten sind, sondern weil sie auf weite Arbeiterkreise Einfluß haben. Dabei entgeht ihnen aber offenbar, wie schwer sie die staatliche Autorität kompromittieren und welche Verwirrung sie in der öffentlichen Meinung anrichten. Sie darauf aufmerksam zu machen und solch gefährlicher Entwicklung bei Zeiten Einhalt zu thun, ist die Aufgabe ihrer vorgesetzten Behörden, der Regierungen. Die preussische Regierung hat noch ganz neuerdings durch den Mund verschiedener Minister kund gegeben, daß sie auch die geringste direkte oder indirekte Förderung der Sozialdemokratie durch staatliche Organe für absolut unzulässig hält. Würde dies Beispiel anderen zur Gewissensbegründung dienen! Eine wirksamere, wenn auch nur indirekte Förderung der Sozialdemokratie, als in dem Pforzheimer Falle, ist kaum zu denken.“

Es ginge gewiß nach den Wünschen der Unternehmer, wenn die Regierung den Verkehr der Fabrikinspektoren mit den Arbeitern unter dem gleichen Gesichtswinkel betrachtete, wie der preussische Polizeiminister v. Rheinbaben die Bestätigung oppositioneller Personen zu kommunalen Ämtern. Bekanntlich erklärte Herr v. Rheinbaben jeden Freisinnigen für unwürdig, ein Kommunalamt zu bekleiden, der nur einmal in entfernter Verührung mit Sozialdemokraten gekommen ist. So sollen die Regierungen auch mit den Fabrikinspektoren verfahren. Leider wird von den Regierungen viel zu viel nach diesem Scharfmacherrezept verfahren. Eine rühmliche Ausnahme machte bisher immer die süddeutsche Fabrikinspektion. Deshalb läuft auch die Scharfmacherpresse von Zeit zu Zeit Sturm gegen diese unsichtigen und unparteiischen Beamten, die es mit ihrem Amte ernst nehmen und deshalb auch das Vertrauen der Arbeiter erworben haben. Wo die Fabrikinspektion im Geiste der Scharfmacher verwaltet wird, da läßt sie mehr als Alles zu wünschen übrig, da wird sie zwar das Vertrauen der Unternehmer, nicht aber der Arbeiter haben.

Eine Verschlechterung des Bäckerarbeiter-schutzes ist bekanntlich von der Reichsregierung geplant. Nicht uninteressant ist es da, zu sehen, wie sich die Regierung Material zur Begründung dieser Aenderung zu verschaffen sucht. In einem an die Regierungspräsidenten bezw. Ortspolizeibehörden hinausgegebenen Schriftstücke, das ein günstiger Zufall unserer bayerischen Parteipresse zuwendete, heißt es darüber:

„Wir eruchen Sie, sich . . . nach Anhörung der Gewerbeaufsichtsbeamten, für die Abdrücke des Entwurfs beizulegen, auch darüber zu äußern, ob gegen die in Aussicht genommenen abgeänderten Bestimmungen über die Regelung der Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien nach den Verhältnissen Ihres Bezirks Bedenken bestehen. Zugleich wollen Sie durch den Regierungs- und Gewerberath oder seinen Stellvertreter auch einzelne mit den Verhältnissen des Bäckerei- und Konditorei-gewerbes in Ihrem Bezirke genau vertraute Meister, die als Männer von besonnenem und selbstständigem Urtheile bekannt sind, und einzelne vertrauenswürdige Gehälfen über die Durchführbarkeit der Bestimmungen hören. Die darüber aufgenommenen Verhandlungen wollen Sie Ihrem Berichte beifügen. Wir legen Gewicht darauf, daß die gutachtliche Aeußerung der bezeichneten Auskunftspersonen thunlichst bald erfolgt, bevor in der Fachpresse zu dem Entwurfe Stellung genommen worden ist . . . Der Minister für Handel und Gewerbe. In Vertretung: gez. Lohmann. Der Minister des Innern. In Vertretung: gez. v. Bischoffshausen.“

Daß es sehr vertrauenswürdig sei, wenn — statt einer ordentlichen Enquete — nur einige „besonnene“ Meister und einzelne „vertrauenswürdige“ Gehälfen gehört werden, wird man nicht behaupten können, um so weniger, als die Behörden über das, was „vertrauenswürdig“ ist, oft sehr sonderbare Ansichten haben.

Die Bäckerarbeiter sind natürlich mit aller Macht in eine Agitation gegen die so geplante Aenderung der Bäckerverordnung eingetreten. In Berlin fand aus diesem Anlaß eine Massenprotestversammlung der Bäckergehilfen statt, in der folgende Resolution mit großer Mehrheit zur Annahme kam:

„Die Bäckergehilfen Berlins und der Umgegend protestieren aufs Allerentschiedenste gegen die Umwandlung des Maximalarbeits-tages in einen vierzehnstündigen Arbeitstag, der einer gänzlichen Aufhebung der Bundesratsverordnung vom 4. März 1896 gleichkommt. Die Absicht des Bundesrathes, den Maximalarbeits-tag abzuschaffen, ist um so unverständlicher, als bis jetzt nicht der geringste Beweis erbracht ist, daß derselbe in irgend welcher Weise dem Bäckerergewerbe geschadet hat. Selbst die vom Gewerbeinspektor am 10. Okt. v. J. vorgenommenen Vernehmungen von den Innungsmeistern selbst vorgeschlagener Gehellen haben ergeben, daß der Maximalarbeits-tag ohne jeden Schaden für die Meister fortbestehen kann und ohne schwere Schädigung der Gehellen und Lehrlinge nicht aufgehoben oder verschlechtert werden darf. Die in Aussicht genommenen hygienischen Vorschriften für den Bäckerbetrieb steht die Verammlung nur dann als Verbesserung an, wenn 1. der zwölfstündige Maximalarbeits-

tag bestehen bleibt, 2. eine scharfe Ueberwachung der Vorschriften eingeführt wird und 3. den Gewerbeinspektoren aus den Reihen der Gehellen Hülfspersonen zugetheilt werden. An Stelle der zehnjährigen Frist für die Beseitigung der Backräume in Kellern genügt eine fünfjährige Wartezeit vollkommen. Die Verammlung spricht die Erwartung aus, daß die Reichsregierung dem Drängen der Innungsvertreter nicht nachgeben, sondern die Wünsche der Gehellen, die ihre Gesundheit wie ihre Erwerbsverhältnisse auf das Schwerste gefährdet sehen, berücksichtigen wird.“

Bauarbeiter-schutz. Die Bauhandwerker Württemberg richteten eine überaus gediegen ausgearbeitete und begründete Petition an den Landtag um Durchführung eines gründlichen Bauarbeiter-schutzes. Es wird gefordert, die Vorschriften der württembergischen Bauordnung, der Gewerbeordnung und der Berufsgenossenschaften zu erweitern und zu „gesetzlichen Schutzbestimmungen für die Bauarbeiter Württemberg“ zusammenzufassen. Für die Erweiterung werden umfassende praktische Vorschläge gemacht. Weiter wird eine besondere, der Gewerbeinspektion angegliederte gesetzliche Baukontrolle unter Hinzuziehung von Kontrolpersonen aus dem Kreise der Bauhandwerker gefordert. Für die Arbeiterorganisationen wird das Vorschlagsrecht bei Anstellung der Kontrolleure gefordert und die Zahl der Letzteren soll so hoch bemessen werden, daß mindestens einmal monatlich eine Kontrolle sämtlicher Baubetriebe möglich ist.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

In den letzten Tagen sind an alle Zahlstellen die Abrechnung-formulare für das 1. Quartal, sowie die Fragebogen zur Korbmacherstatistik versandt worden. Sofern diese Sendung irgendwo nicht eingetroffen sein sollte, bitten wir um sofortige Mittheilung.

Vom 1. April ab erscheint das von der Generalkommission herausgegebene polnische Gewerkschaftsblatt. Wir bitten deshalb diejenigen Zahlstellen, welche polnisch sprechende Mitglieder haben, die anstatt der „Holzarbeiter-Zeitung“ dieses polnische Blatt zu beziehen wünschen, uns die Zahl der gewünschten Exemplare umgehend mitzutheilen.

In letzter Zeit werden wir immer häufiger von Mitgliedern, welche mit den Beiträgen in Rückstand gerathen sind, darum angegangen, ihnen die Nachzahlung zu gestatten, um sie ihrer alten Mitgliedsrechte nicht verlustig gehen zu lassen. Da wir in der Regel diese Gesuche ablehnen müssen, so erinnern wir im Hinblick auf die eingetretene wirtschaftliche Krise an dieser Stelle alle Mitglieder an ihre Pflicht, die Verbandsbeiträge regelmäßig allwöchentlich zu entrichten.

Wer arbeitslos wird, hat sich sogleich bei seinem Kassierer zu melden und ist in diesem Falle während der Dauer der Arbeitslosigkeit von der Beitragspflicht entbunden. In der Regel wird von diesen Mitgliedern dann jedoch der Fehler begangen, daß sie beim Wiedereintritt in eine Arbeitsstelle an die Beitragszahlung immer erst zu letzt denken, also Woche auf Woche verstreichen und die Beiträge sich aufsummieren lassen, anstatt von der ersten Arbeitswoche an die Zahlung an den Verband als dringendste Ausgabe zu betrachten und mit den Beiträgen auf dem Laufenden zu bleiben.

Wir bitten alle Mitglieder, diese Mahnung zu beherzigen und sich durch Erfüllung ihrer Pflichten auch ihre Rechte an den Verband für jeden Eventualfall zu sichern.

Vorstehende Mahnung richtet sich besonders auch an solche Mitglieder, welche infolge Arbeitslosigkeit zur Abreise gezwungen sind und auf der Reise in irgend einem Nicht-verbandsort in Arbeit treten. Von dort mögen dieselben sich stets sofort bei der Hauptkassa in Stuttgart anmelden und ihre Beiträge dorthin entrichten, niemals aber die Beitragszahlung auf die lange Bank schieben.

Nachstehend als verloren bezeichneter Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

- 52659 Paul Jonas, Tischler, geb. 1. 6. 77 zu Straßburg.
- 52973 Adam Wegfahrt, Tischler, geb. 4. 2. 79 zu Niederaula.
- 75874 Friedr. Kipp, Tischler, geb. 11. 8. 78 zu Pyrmont.
- 77673 Aug. Wolter, Stellmacher, geb. 9. 2. 69 zu Rbnigsberg.
- 78019 Heinrich Silbernagel, Tischler, geb. 26. 5. 80 zu Podiebrad.

Stuttgart, 18. März 1901.
Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

14. Gau. Vorort Hannover.

Hierdurch geben wir den Zahlstellen des 14. Gaues die uns bis heute von den einzelnen Orten zugegangenen Anträge zum G a u t a g e bekannt. 1. Wenn irgend möglich vierteljährlich eine öffentliche Versammlung in den kleineren Zahlstellen des 14. Gaues stattfinden zu lassen und hierzu die Referenten vom Gau zu stellen. 2. Vom Gauvorstande ist ein Flugblatt herauszugeben, betr. die wirtschaftliche Krise, dieses soll in den die Zahlstellen umliegenden Orten verbreitet werden.

3. Den Gauvorsteher zu verpflichten, jede Zahlstelle mindestens halbjährlich einmal zu besuchen.
 4. Den Gauvorsteher zu verpflichten, jede Zahlstelle mindestens vierteljährlich einmal zu besuchen.
 5. Der Gauort möge Stellung nehmen zu dem § 16 des Streikreglements und seine Meinung als Antrag dem nächsten Verbandstage unterbreiten.
 6. Den Gauort alljährlich, und zwar im ersten Quartal, stattfinden zu lassen.

Noch einmal ersuchen wir die Zahlstellen dringend, die Fragebogen, betr. Bewegungstafel, umgehend an uns einzusenden. Es stehen dieselben immer noch von einigen Orten aus; wir ersuchen die Kollegen, in den Versammlungen die Verwaltungen an ihre Pflicht zu erinnern.

Der Gauvorstand. J. A. G. Becker.

22. Gau. Vorort München.

Der Gauvorstand hat beschlossen, am Sonntag, den 7. April (Ostermontag), Vorm. 10 Uhr, einen Gauort nach München, nach der Restauration zum „Heimgarten“, einzuberufen. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Bericht des Gauvorstandes und Kassenbericht. 2. Bericht der Delegierten. 3. Die Entwicklung und der gegenwärtige Stand des Schreinerwerkes in unserem Gau. Referent: Kollege Anton Raith. 4. Unsere Taktik in der Krisis. Referent: Ein Mitglied des Hauptvorstandes. 5. Anträge der Zahlstellen und Delegierten.

Die Zahlstellen werden hiermit aufgefordert, zum Gauort Stellung zu nehmen und Anträge und Wünsche oder Aenderungen der Tagesordnung an den Gauvorsteher gelangen zu lassen, auch Sorge zu tragen, daß aus jeder Zahlstelle ein Delegierter entsendet wird.

München, im März 1901.

Der Gauvorstand.

J. A.: Anton Raith, Humboldtstr. 40, 1. Et.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Musikinstrumentenmacher (Holzarbeiter-Verband) hielten am 27. Februar eine Branchen-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, ab, in der Kollege Klingner über: „Kultur-Geschichte im Mittelalter“ sprach. Referent gab ein Bild der Entwicklung aus dem 7. und 8. Jahrhundert, wie ursprünglich Volksgerichte, später ständige Gerichte eingeführt wurden. Die Gründungen von Innungen seien auf das 12. Jahrhundert zurückzuführen. Nachdem Redner die Judenverfolgungen im 16. Jahrhundert gestreift hatte, verlas er zum Schluß mehrere Rabiner-Ordres, welche dem Aberglauben Ehr und Thor öffneten. Lebhafter Beifall lohnte den Redner für seine interessanten Ausführungen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Beim dritten Punkt der Tagesordnung fand eine lebhaft Diskussions über die Mißstände in der Pianofortefabrik von Menzel, Köpenickerstr. 154 a, statt, und wurde das indifferente Verhalten der überwiegenden Mehrzahl der dort beschäftigten Kollegen einer abfälligen Kritik unterworfen. Nachdem noch die Obmänner Bericht über einzelne Werkstätten gegeben hatten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Bruchsal. In einer am 9. März stattgefundenen Mitglieder-Versammlung nahmen die Kollegen Veranlassung, sich über die hiesigen Verhältnisse auszusprechen. Im Laufe der Versammlung wurden denn auch recht traurige Zustände an's Tageslicht befördert. Wir haben deshalb allen Grund, die auswärtigen Kollegen mit unserer Lage etwas vertrauter zu machen. Am traurigsten sieht es in der Werkstätte von Ph. Jung aus. Wenn der Betreffende in der Zeit der guten Geschäftskonjunktur auch unsere Organisation anerkannte, indem er sich Arbeiter durch unseren Kassierer besorgen ließ und zuweilen auch unser Verbandsorgan in Anspruch nahm, so scheint er sich doch nicht, jetzt in der weniger guten Zeit eine „Jagd“ auf unsere Organisation zu machen. Herr Jung versteht es nämlich sehr gut, durch seine Mißhandlungen diejenigen Kollegen hinaus zu bringen, die sich durch ihre Agitation mißlieblich bei ihm gemacht haben. Ausdrücke wie „Gausbube“, „Schreierschleifer“, „einfältiger Dube“ sind bei ihm gegenwärtig an der Tagesordnung. Daß unter diesen Umständen sein Geschäft zu einem Taubenschlag geworden ist, wird Niemanden wundern. Mit der Einführung von Spezialarbeit hat der „schlaue Herr“ natürlich auch eine Lohnreduktion verbunden. Löhne von M. 2,40 sind gegenwärtig keine Seltenheit. Unter diesen Umständen ist es leicht begreiflich, wenn der Wechsel ein großer ist. Den In-differenten rufen wir zu, organisiert Euch, damit wir vereint miteinander bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und vor Allem eine anständige, menschenwürdige Behandlung erlangen können. Wir ersuchen die reisenden Kollegen, das Umschauen strengstens zu unterlassen und sich bei unserem Kassierer oder Vorstand zu erkundigen.

Söbeln. In einer am Sonnabend, den 9. März, hier stattgefundenen Holzarbeiter-Versammlung sprach Kollege Wünschmann in gemeinverständlicher Weise und unter dem Beifall der Anwesenden über: „Die Pflichten und Rechte des Arbeiters aus dem Invalidenversicherungsgesetz“. Leider waren trotz aus-reichender Bekanntmachung von 70 Mitgliedern nur 20 erschienen, um sich die interessanten Ausführungen des Redners, der hauptsächlich Werth darauf legte, den Anwesenden verständlich zu machen, auf welche Weise der Arbeiter diesem Gesetz entsprechend sein Recht geltend machen könne, sich zu Hilfe zu machen. Ein solcher Vortrag ist für unsere Kollegen von großem Nutzen, weshalb es eigentlich Pflicht derselben sein sollte, in den Versammlungen zu erscheinen. Aber die Meisten glauben, Alles zu wissen, sie brauchen keine Versammlung; sie fühlen sich klug genug, bis sie am eigenen Leibe verspüren müssen, wie sträflich eine solche Interesslosigkeit ist. Meistens fallen sie dann zum Ueberflus noch Leuten in die Hände, die von der Arbeiter-versicherung keinen blauen Dunst haben, aber hohes Honorar fordern, während auch da die Organisation durch das vom Gewerkschaftsamt eingerichtete Auskunftsbureau eine unentgeltliche und zweckmäßige Hilfe gewährt. Alles in Allem: Etwas mehr Interesse an der Organisation wäre den hiesigen Kollegen zu wünschen. Sie würden bald sehen, daß ihnen dieser Rath nicht zu ihrem Schaden gegeben wurde. Die nächste Versammlung findet am 30. März statt, welche ebenfalls sehr wichtig ist, und wozu ganz besonders die Frauen eingeladen sind.

Dresden. Am 5. März fand im „Erianon“ eine sehr gut besuchte Versammlung der Bau- und Möbelschleifer statt. Zum ersten Punkt gab der Gesellenausschuß

ber Zwangsinnung seinen Jahresbericht. Wie wir schon voraus-sahen, ist der Gesellenausschuß von Seiten der Innung mehr als Dekoration betrachtet worden, „als fünftes Rad am Wagen“, wie sich der Obermeister Zimmer ausdrückte, als die von uns gewählten Kollegen energisch ihr Recht forderten. Nur in einem Falle (Krankenhausfenster) trat der Gesellenausschuß zur Ver-legung von Differenzen zusammen. Die aufgestellte Berechnung, unter Zugrundelegung des Tarifs mit entsprechenden Zuschlägen für Mehrarbeit, wurde allgemein als recht und billig angesehen. Aber die Herren Innungsmeister scheerten sich nicht um die Berechnung, selbst der Obermeister ließ sich nicht herbei, nach dieser Berechnung zu zahlen. In letzter Zeit ließ der Ruhm der Berliner Innungshelden unsere braven Meister nicht schlafen. Auch sie wollen ihr Kontrollbuch. Bereits zum 18. März ist außerordentliche Innungsversammlung einberufen mit folgender Tagesordnung: 1. Das Kontrollbuch. Besprechung über die Nothwendigkeit der Einführung desselben, wie dasselbe bei der Berliner Innung bereits gethan. Referent: Obermeister Zimmer. 2. Arbeitgeberverband. Einrichtung des deutschen Tischlerverbandes. Gleichfalls Besprechung über die Nothwendigkeit und Möglichkeit der Theilnahme von den Mitgliedern der Dresdener Innung. Referenten: Obermeister Zimmer und Obermeister Baum. Nun, wir sind neugierig, was zur Begründung speziell des ersten Punktes wird gehalten müssen. Eins können wir aber den Herren schon sagen, daß die Gesellen sich den Strid nicht ohne zu mühen werden drehen lassen, daß auch sie ein Wort mitreden werden. Zum zweiten Punkte wurde die Ausbeutung und Bohndrücke der Meister in der jetzigen Konjunktur einer lebhaften Kritik unterzogen. Bei der schon erwähnten Krankenhausarbeit haben nur ganz wenig Gehülfen, trotz allen Schustens im Afford von Fröh bis Abends, ihren Stundenlohn verdient. Der Meister Sachs verstand es, durch Verprechungen — die billig sind wie Brom-beeren — seine Gesellen zu überhölpeln. Arbeiten im Afford zu übernehmen, die unter aller Kritik bejaht waren. Neun Mann hatten Jeder einige Thüren im Afford übernommen. Hier war der erzielte Verdienst pro Stunde: 1 Mann 30 ¢, 4 Mann 28 ¢, 1 Mann 28 ¢, 1 Mann 28 ¢ und 1 Mann 16 ¢. Es ist tief beschämend, daß sich in Dresden noch Leute finden, um für diesen Lumpenlohn die Arbeit zu übernehmen. Meister Köttig hatte dieselben Thüren wie Sachs. Diese mußten im Lohn gemacht werden, weil die Gehülfen in anderen Fall davon gelaufen wären. Diese Thüren haben dann auch fast das Doppelte von dem gefordert, was der gute Mann vorher zahlen wollte. Die Thüren von vornherein in Lohn machen zu lassen, lehnte er mit dem Bemerkten ab, daß er selbst noch nicht wisse, was diese Thüren für Arbeit machten. Ja zum Teufel, warum übernehmen denn die Herren Arbeiten, die sie nicht berechnen können? Warum sollen denn die Arbeiter halb umsonst reichen Broden ein gemüthliches Heim schaffen? Aber auch bei den Möbelschleifern kommen Löhne vor, die man nicht für möglich halten sollte. Weiße Waschtische, welche in unserem Tarif mit M. 8,50 angeführt sind, sollten für M. 2,50 gemacht werden. Der erste Kollege lief von dieser Arbeit, als er sah, daß er sich verrannt hatte. Andere sollten nun die Arbeit für den Rest-betrag, welcher auf dem Afford noch da war, fertig machen. Leider hat auch dieser Meister, Nowak ist sein Name, Leute gefunden, welche seine Klamotten unter diesen Bedingungen fertig machten. Einer bei einem Stundenverdienst von 11 ¢, dem Anderen wurde, als er die Arbeit nochmals wollte liegen lassen, für später bessere Arbeit versprochen und noch etwas drauf gelegt, aber viel zu wenig, um auf einen anständigen Durchschnittsverdienst zu kommen. Will man nun Arbeiter, welche bei derartigen Schandbühnen die Arbeit liegen lassen, mit Kontrollbüchern und schwarzen Listen beikommen? Unseren profitwärtigen Meistern sähe dies allerdings ähnlich. Noch andere Mißstände kamen zur Sprache. Alle Redner waren der Ueberzeugung, daß nur der weitere Ausbau unserer Organisation verhindern kann, daß unsere wirtschaftliche Lage nicht noch weiter sinkt. Zum dritten Punkt wurde das Resultat der Arbeitlosgenähligung bekannt gegeben. Theilhaftig hatten sich 1354 Mitglieder, davon waren 220 durchschnittlich 6 Wochen 4 Tage arbeitslos. Am Schluß wurden die Kollegen nochmals aufgefordert, in der Werbung neuer Mitglieder nicht zu erlahmen, um den Plänen der Innung einen Damm entgegenzusetzen zu können.

Göhrzig. In einer am 24. Februar stattgefundenen kom-binirten Mitglieder-Versammlung der Zahlstellen Schmölln, Glauchau, Meerane, Altenburg und Göhrzig, zu der die Mitglieder genannter Zahlstellen zahlreich erschienen waren, wurde die wirtschaftliche Lage der Holzarbeiter, besonders der Steinwulfnopfarbeiter, eingehend besprochen. Von Interesse ist die Feststellung, daß trotz der deutschen Waffenscheit, die nur 12 Dugend für das Groß berechnet, vom Arbeiter immer noch 14 Dugend verlangt werden, und daß trotz der zweimaligen Lohnreduktionen im Jahre 1884 und 1891 um je 15 pZt. im Laufe des letzten Jahres eine Lohnaufbesserung nicht erfolgte, obwohl diese vor einem Jahr den Fabrikanten die Begründung liefern mußte zu einer 50prozentigen Lohnerhöhung. Hier wäre es Aufgabe des Holzarbeiterverbandes, für die Arbeiterinteressen einzutreten, welcher Aufgabe er allerdings erst dann entsprechen kann, wenn ihm alle Arbeiter an Ort beitreten. — Beischlossen wurde noch, die nächste kombinierte Versammlung in Meerane tagen zu lassen. Ferner wurde allerseits bedauert, daß vom Gauvorstand Niemand zugegen war und zum Schluß wurde der Wunsch laut, die Knopfarbeiter von Göhrzig und Schmölln möchten in engere Fühlung treten und Versammlungen vereint abhalten. Kollegen, weckt die indifferenten Brüder und legt es ihnen an's Herz, daß sie dem Holzarbeiterverband beitreten! Denn freudig gewagt, ist halb gewonnen. Nun vorwärts!

Offenburg i. B. Die letzte Mitglieder-Versammlung be-gingigte sich wieder einmal mit der Behandlungsweise des Schreinermeisters Johannes Fischer seinen Arbeitern gegenüber. Wir wollen den Kollegen folgendes Stücken be-kannt geben: Ein jüngerer Kollege machte bei obigem Meister drei polirte Kommoden, die, da es an den nöthigen Einrichtungen fehlte, nach der Berechnung des Herrn Fischer etwas zu lange Arbeitszeit kosteten. Der schlaue Herr Fischer kam nun auf den originellen Gedanken, neben Abzug des Kranken- und Invalidengeldes und einer Entschädigung für Licht und Feuerung für die seiner Ansicht nach zu lange Arbeitszeit dem Arbeiter pro Stunde 2 ¢ Platzgebühr vom Lohn in Abrechnung zu bringen. Auch eine Art, für die schlechten Löhne eine Er-klärung zu finden. Da derselbe Herr Fischer sein Geschäft zu einer Möbelfabrik umwandeln will, so könnten noch einige Kollegen, die gewillt wären, durch angestrengteres Schwüben der Platzpreis zu steigern, Arbeit bekommen und dadurch dem „schlaue Johannes“, wie er sich nennt, auf einen grünen

Zweig zu helfen. Die Arbeiter des Herrn Fischer mögen sich in Zukunft mehr um die Organisation kümmern!

Obernhan. In einer von circa 400 Personen besuchten öffentlichen Holzarbeiter-Versammlung, welche am 9. März im „Deutschen Haus“ stattfand, referirte Genosse Straube-Chemnitz über: „Arbeiterrecht und Versicherungs-gesetze und ihre Bedeutung für die Arbeiter“. Der Referent ent-ledigte sich seiner Aufgabe zur Zufriedenheit aller Anwesenden. Da der Obernhauer Gemeinderath die Errichtung eines Gewerbe-gerichts beabsichtigt, so besprach der Referent bei Erläuterung der Arbeiterrechtsgesetze auch sehr eingehend den Zweck und Nutzen der Gewerbegerichte. Lebhafter Beifall wurde ihm für seine leicht verständlichen Ausführungen zu Theil. Eine aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Resolution, welche ihr Einverständnis mit dem Referenten ausdrückte und als dringend notwendig die Errichtung eines Gewerbegerichts forderte, fand einstimmige Annahme. Dieselbe soll dem Gemeindevorstand überwiesen werden. Die überaus lange Arbeitszeit, das über die Zeit Beschäftigten jugendlicher Arbeiter, sowie die Beschäftigung von Kindern wurde kritisiert und betont, daß eine schärfere Kontrolle von Seiten der Behörden am Plage sei. Um 11 1/2 Uhr folgte Schluß der interessanten Versammlung.

Straubing. Haben wir erst kürzlich in der „Holzarbeiter-zeitung“ gesagt, daß unsere Verhältnisse nicht die besten sind, so haben wir Gelegenheit, vorläufig einmal einen unserer Schreinermeister vorzuführen. Herr Menacher, so heißt der ehrbare Meister, hat ganz eigene Ansichten, welche er sich in München bei Meister-Versammlungen angeeignet zu haben scheint und sie den Arbeitern gegenüber herborhebt. So entließ er unlängst seinen Gehülfen ohne Grund und ohne Kündigung. Doch mußte derselbe, wohin er zu gehen habe, um Herrn M. sein Vorgehen zu erklären. Als nun Herr M. beim Rechtsrath vorstellig werden mußte, wollte er von Wiederaufnahme des Kollegen nichts wissen und sagte: „Lieber zöhl i eahm fußg Mark und laaf eahm no a Gwand a. bor i den Menschen no mal in mei Werkstatt laß.“ Doch zeigten die weiteren Aus-einander-setzungen, daß er am liebsten gar nichts gezahlt hätte. Nur der Gutmüthigkeit des Kollegen hat es der Gewaltige zu danken, daß er nicht fester beim Schopfe genommen wurde, denn der Herr mußte sich bequemen, den Kollegen wieder einzustellen, wenn er nicht bleiden wollte. Herr Menacher mußte die Be-lehrung entgegen nehmen, daß es nicht geht, dem Arbeiter die Thüre vor der Nase zu verperrn und in einem Anfall von Konfusität nicht besonders schmeichelhafte Meuerungen zu machen. Hoffentlich zieht Herr M. eine Lehre daraus, wie er sich in Zukunft Arbeitern gegenüber zu benehmen hat. Aber auch für unsere Kollegen, die dem Verbands noch fern stehen, ist es ein Beweis, wie nothwendig es ist, der Organisation sich anzuschließen, um gegen die Chikanen unserer Ausbeuter Front zu machen, und auch den organisierten Kollegen rufen wir zu, fleißiger in die Versammlungen zu kommen, denn nur durch Einigkeit können bessere Verhältnisse erzielt werden.

Sulz a. N. Am 2. Februar ließen sich hier nach einem Vortrage des Kollegen Raub-Stuttgart 32 Kollegen in den Holzarbeiterverband aufnehmen, und nachdem in der Folgezeit die Mitgliederzahl auf 40 gestiegen war, wurde in einer am 2. März tagenden Versammlung unter Raub's Mitwirkung die Gründung einer selbstständigen Verbandszahlstelle beschlossen. In die Verwaltung wurden gewählt: als Bevollmächtigter Kollege Georg Straub, als Schriftführer Kollege Wilhelm Beng, als Kassierer Kollege Chr. Schmelze. Bestierer zahlt die Mit-se-Unterstützung Mittags von 12—1 Uhr und Abends von 7—8 Uhr aus, was wir den reisenden Kollegen zur Kenntniß bringen. — Hoffen wir, daß sich unsere Zahlstelle gut kräftigen und entwickeln möge, und daß von hier stets von einem großen Interesse sämmtlicher Kollegen an der Verbandsarbeit zu melden ist.

Taucha. Ueber besonders günstige Verhältnisse können sich die hiesigen Kollegen nicht beklagen, wohl aber dürfte das Gegentheil zutreffen. Besonders ist es die größte Werk-stätte am Plage, nämlich die Kunstbude von Gernegroß & Säng, wo immer mehr Klagen der Kollegen laut werden. Dort geht es wie in einem Taubenschlag zu. M. 15 wöchentlich ist genug zum Leben, ja M. 12 genügen, wie Herr Säng sich ausdrückte. Strafen sind zahlreich, auch müssen die Kollegen von jeder Mark sich 1 1/2 ¢ für Werkzeug abziehen lassen. Gehen sie ab und können ihr Werkzeug in tadellosem Zustand zurückgeben, so bekommen sie allerdings ihr Geld zurück. Wie oft ist dies aber nicht der Fall, weil das Werkzeug an sich schon viel zu wünschen übrig läßt und die Zeugräume nicht verschließbar sind. Leider giebt es noch Kollegen, die mit Allem zufrieden sind, selbst wenn sie mit einem Arbeitslohn von M. 6, 7—9 pro Woche nach Hause gehen müssen, wie Schreiber dieses aus verschiedenen Lohnbüchern ersehen konnte. Was ist da aus den Lohnbüchern nicht Alles zu ersehen; Fälle, wo der Arbeiter es in der Woche nur auf M. 1,35 Lohn bringen konnte, während er M. 10 Vorkauf entnehmen mußte, gehören da nicht zu den selteneren. Der Vorkauf spielt hier überhaupt eine große Rolle. Damit scheint Herr Gernegroß den Arbeiter an seinen Betrieb fesseln zu wollen. Der genannte Betrieb, in dem für die Arbeiter sogar zur höheren Ehre der Prinzipale ein Fabrik-gefangen gegründet wurde, ist den zureisenden Kollegen jedenfalls sehr zu empfehlen. Unter solchen Verhältnissen wird es für die hiesigen Kollegen immer mehr und unabweisbaren Pflicht, unserer Gewerkschaft, dem Holzarbeiterverband, beizu-zutreten und diesen so zu kräftigen, daß er zur Besserung etwas zu thun in der Lage ist.

Wöhrenbach. Die Wirtschaftsverhältnisse in der Holz-industrie sind auch hier sehr ungünstig geworden, so daß letzten Samstag u. A. in der Möbelfabrik von Strobel & Co. vier Arbeitern gekündigt wurde und nach den Meuerungen des Buchhalters genannter Firma weitere Entlassungen bevorstehen. Trotzdem wurden vorige Woche zwei Arbeiter eingestellt, welche vom Stutigarter Arbeitsnachweis vermittelt worden waren. Allerdings reisten die Kollegen sofort wieder ab, nachdem sie von uns davon unterrichtet worden waren, wie knapp hier die Arbeit ist. Immerhin muß ein solches Verhalten der Firma, die Neueinstellungen vornimmt, obwohl sie die Arbeiter mit der Begründung entläßt, daß der Arbeitsmangel das nothwendig mache, scharf gerügt werden. Im genannten Betrieb sind in letzter Zeit überhaupt verschiedene Mißstände betrefss der Afford-arbeit eingerissen. So oft erfährt man erst, nachdem man eine Woche und länger an einem Afford gearbeitet, was dafür gezahlt wird. Da ist es nicht zu verwundern, wenn der Arbeiter Desitz macht. — Die Kollegen werden ersucht, bevor sie nach hier kommen, bei der Zahlstellenverwaltung über die Arbeits-verhältnisse Erkundigungen einzuziehen.

Birndorf. Auch wir müssen einmal die Spalten unserer Zeitung benutzen, um unter die Kollegen am Orte etwas Leben zu bringen. Schon zweimal hintereinander konnte die Versammlung nicht abgehalten werden, da nur einige Kollegen anwesend waren, trotzdem Jeder hierzu eingeladen war. Man sollte doch glauben, jetzt, in der ungünstigen Konjunktur, hätten die Kollegen das größte Interesse an ihrer Organisation; aber weit gefehlt. Ist es doch der Verband, der den Kollegen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen verschafft und nicht die Vergnügungsvereine; wozu also diese Gleichgültigkeit? Kollegen, erscheint in Eurer Versammlung, widmet dem Verbands alle vier Wochen auch einige Stunden, damit auch wir während der Krisis im Stande sind, unsere Errungenschaften hoch zu halten.

Eingeandt.

Eine Korrektur des Verbandsstatuts

hat der Ausschuss in einem Entschiede vom 5. März d. J. vollzogen, der eine Beschwerde der Lokalverwaltung der hiesigen Zahlstelle betraf. Eine Erklärung des betr. Falles und der Gründe der Ablehnung des dafür nachgesuchten Rechtsschutzes halte ich nicht für angebracht aus dem Grunde, um auch formell den Bestimmungen des Statuts Rechnung zu tragen, das in letzter Instanz nur den Verbandstag kennt. Nur eine Behauptung in der Begründung des Ausschusses soll hier der Kritik unterzogen werden, weil sie offensichtlich den Bestimmungen des Statuts zuwider läuft. Dasselbe lautet: „Zweitens ist in dem besondern Fall der Rechtsschutz überhaupt zu versagen, weil nach unserem Statut nur Rechtsschutz gewährt wird, wenn der Streitfall dem gewerblichen Arbeitsverhältnis entspringt. Das ist hier nicht der Fall, die Klage war eine rein private Angelegenheit.“

§ 3 Abs. d des Statuts lautet: „Dieser Zweck soll erreicht werden durch Gewährung von unentgeltlichem Rechtsschutz in gewerblichen und solchen Streitigkeiten, welche sich auf das Unfallversicherungsgesetz u.s.w. Gesetz beziehen.“

Diesem klaren Wortlaut gegenüber existieren für die Debatte des Ausschusses nur drei Möglichkeiten: 1. die Mitglieder des Ausschusses haben sich die Begründung ihres ablehnenden Beschlusses recht bequem gemacht und auf mangelhaftes Verständnis oder Kenntnis des Statuts seitens der hiesigen Lokalverwaltung spekuliert; oder 2. diese erhofften Fehler liegen auf Seite der Ausschussmitglieder; oder 3. der Ausschuss bezweigt, daß für sämtliche in § 3 Abs. d besonders aufgeführten Fälle nur Rechtsschutz gewährt wird, wenn sie dem gewerblichen Arbeitsverhältnis entspringen. Diese letztere Debatte ist so falsch, wie die beiden anderen Möglichkeiten bedauerlich sein würden. Die Beschlüsse und Beratungen der Verbandstage über die diesen Punkt berührenden Fälle lassen gar keinen Zweifel darüber, daß in jedem dieser Fälle für sich, also als „rein private Angelegenheit“ das betr. Mitglied zum Rechtsschutz berechtigt ist und nicht nur in Veroppelung mit dem Arbeitsverhältnis.

Wenn dem aber so ist — und einer Instanz wie dem Ausschuss sind diese Thatsachen wohl auf keinen Fall Geheimnis — so bleibt leider nur die zuerst aufgestellte Vermutung als Möglichkeit bestehen. Und da möchte ich denn doch die Mitglieder des Ausschusses bitten — zumal ich mir nicht bewußt bin, ihnen Anlaß zu Mindererschätzung geboten zu haben — ihre Entschiede objektiv sachhaltig zu begründen, ganz gleich, ob es ein Mitglied in Bismarck oder eines der größeren Zahlstellen, meinetwegen Berlin, betrifft.

Ernst Bauer, Gütrow.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle deutscher Korbmacher.

Die vom Kollegen Kummer-Berlin vorgeschlagenen Beiträge resp. Unterstützungen sind nach dem Gesetz unzulässig; die Unterstützungen müssen im Verhältnis zu den Beiträgen in gleichmäßigen Sätzen festgesetzt werden, eine Abrechnung von den Beiträgen für Arzt und Apotheke, wie Kollege Kummer vorschlägt, darf nicht stattfinden. Weiter sagt Kollege Kummer, der Referendons wäre ja heute so hoch wie vor drei Jahren. Das ist nicht so. Das Gesetz verlangt: eine Krankenkasse muß mindestens 10 pZt. der Einnahme zum Referendons schreiben und bis zur Höhe einer Jahresausgabe ergänzen. Die Ausgabe betrug in den Jahren: 1895 M. 14 341,35, 1896 M. 12 959,75, 1897 M. 15 865,47. Summa M. 43 166,57. Das Kassenermögen am Jahresabschluss 1897 betrug M. 14 646,49, also die Höhe einer Durchschnittsausgabe der drei letzten Jahre. Die Ausgabe der drei letzten Jahre betrug: 1898 M. 19 446,53, 1899 M. 20 193,30, 1900 M. 20 481,71. Summa M. 60 122,34. Die Durchschnittsausgabe der drei letzten Jahre ist also rund M. 20 000, das Kassenermögen am Schlusse des Jahres 1900 aber nur M. 14 282,32, also M. 400 weniger als 1897. Aber das Gesetz verlangt (wie schon eingangs gesagt) 10 pZt. der Einnahme in Reserve, das wären jedes Jahr M. 2 000, in drei Jahren M. 6 000, denn sich also genau mit der Ausgabe.

Die Zahlstelle Zeit hat in ihrer Mitgliederversammlung am 10. März folgenden Beschluß gefaßt: Die Beiträge sollen wie folgt festgesetzt werden: I. Klasse 30 M., II. Klasse 35 M., III. Klasse 45 M., IV. Klasse 55 M. pro Woche und eine Extra-Beitrag pro Quartal. Au Unterstützung wird pro Woche das Doppelte obiger Beiträge bezahlt. Der ordentliche Tagelohn kommt in Betracht.

Dieser Beschluß wird die Zahlstelle Zeit zur nächsten Generalversammlung als Antrag einbringen. **G. Voigt.**

Die letzte Versammlung der hiesigen Zahlstelle beschäftigte sich unter Anderem mit dem „Eingeandt“ unserer Zeiter Kollegen in Nr. 8. Nach denselben weisen die dortigen Kollegen dahin, bei geringer Erhöhung der Beiträge und unbedeutender Herabsetzung des verhältnismäßigen Krankengeldes (statt den Befahren zur den Wäcken Betrag zu zahlen), den üblichen Zuschuß von einem Viertel des ordentlichen Tagelohns (§ 17) vollständig aufzugeben. Mit dem ersten Teil erklären sich die hiesigen Kollegen einverstanden, daß sie in eine den Verhältnissen entsprechende Erhöhung der Beiträge willigen, unter Beibehaltung der bisherigen Unterstützungsätze; dagegen protestieren dieselben ganz energisch gegen die letzte Absicht, und zwar aus folgenden Gründen: Die Anwendung für Arztbesuche beträgt im Durchschnitt jährlich — arbeitslos dürfte es nicht viel abweichen — für jede mit Gewerkschaftlichkeit verbundene Krankheitswoche M. 2,50, die Ausgaben für Medikamente, Bäder z. M. 2, zusammen

M. 4,50. Hierorts erhalten die Mitglieder M. 3,75 als Zuschuß, mithin solchen Kollegen, welche Arzt und Medikamente aus der Kasse beziehen, gegenüber ein Zuwenig von 75 M. Des Weiteren bekommen dieselben während der Erwerbsunfähigkeit niemals Brillen, Bruchbänder zc. (§ 17 Abs. 5.) Außerdem können dieselben nie für Rechnung der Kasse in ein Krankenhaus untergebracht werden, (Bekanntlich sind die Ausgaben dann fast stets höher, als wenn der Kranke zu Hause behandelt wäre.) da dieselben stets für Rechnung der anderen Kasse dort behandelt werden. Ferner erhalten im Krankenhaus befindliche Mitglieder nach § 20 Abs. 2 Unterstützung von M. 3, 4, 5 und 7 wöchentlich für ihre Angehörigen. Kann diese Unterstützung je ein Mitglied, das nicht Arzt und Apotheke frei hat, beziehen? In letzter Linie müssen diese Mitglieder größtentheils sogar von diesem Zuschuß für Ausfertigung des Krankenscheins an den Arzt noch M. 1 zahlen, so daß der ohnehin schon zu geringe Betrag noch um diese Mark pro Woche gekürzt wird. Angesichts dieser Umstände erwartet die hiesige Zahlstelle, daß die Generalversammlung den Zuschuß, wenn nicht erhöht, zum Mindesten dabei beläßt. Von der Richtigkeit der oben aufgestellten Rechnung kann sich jedes Mitglied durch Gegenüberstellung der Ausgaben seiner Zahlstelle, beziehungsweise durch Einsicht in die Abrechnung anderer Stellen seines Ortes überzeugen. Es ist bei eintem Gerechtigkeitsgefühl auch garnicht angänglich, einen Teil der Mitglieder, welche obendrein nicht einmal freiwillig, sondern oft durch ihr Arbeitsverhältnis gezwungen, zwei Klassen angehören, zur Balancierung des Kassenermögens heran zu ziehen, vielmehr wollen wir, was zu tragen ist, gemeinsam tragen; das ist das erste Gebot der Solidarität, und auf diese allein soll auch unsere Kasse gebaut sein.

Unsererseits werden der Generalversammlung entsprechende Anträge vorkommen.

Brandenburg, im März 1901.

Wolff. Seeger. Hofmann.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Zum Streit bei der Firma „Rheinische Holzindustrie“, vormalig August Westheider in Düsseldorf. wird uns berichtet: Schon den ganzen Winter hindurch wurden an den Affordarbeiten Abzüge vorgenommen. Es ist ja so ziemlich selbstverständlich, daß das Unternehmertum sich um diese Zeit nicht scheut, den Arbeitern Eins auszuwaschen. Gerade hier verstand man es. Die Abzüge erreichten eine Höhe bis zu 40 pZt. Daß bei einem derartigen Abzug nicht mehr der Lohn zu erreichen war, dürfte einem Jedem einleuchten. Aus den Machinationen der Meister ging es ja hervor, daß man bestrebt war, den Leuten in Afford nicht Das verdienen zu lassen, was sie sonst in Lohn erzielt haben, oder auch noch darunter. Demjenigen Arbeiter, welcher es höher als auf M. 5 gebracht hat, wurden die größten Unverschämtheiten an den Kopf geworfen, wie er es wagen konnte, so viel zu verdienen. Nebenbei gesagt, ist der obige Lohn unbedingt notwendig, wenn ein Familienvater unter den hiesigen Verhältnissen einigermaßen existieren will. — Man ging soweit, denjenigen Arbeitern, welche die Affordbedingungen nicht anerkennen wollten, zu erklären: „Entweder unterschreiben oder er fliegt raus, denn hundert Andere warten vor dem Thore, welche es gerne machen.“ Lohnsicherung bei Affordarbeit, welche man in dem letzten Kampfe 1898 erungen hatte, wurde illusorisch gemacht. Zu diesem Allem gesellte sich auch noch die brutale Behandlung von Seiten der Meister. Dieses und viele andere Mißstände auf der Fabrik veranlaßten die Arbeiter zu einer Besprechung. Unter Zuziehung beider Lohnkommissionen des bewussten, sowie des christlichen Holzarbeiterverbandes erfolgte dann eine Vorstellung bei der Firma, welche dieselbe auf die Mißstände und Maßnahmen, die auf der Fabrik Platz gegriffen haben, aufmerksam machte und um Abhilfe ersuchte. Das war allerdings von den Arbeitern zu viel verlangt; die „Herren im Hause“ konnten sich diese Annahme von ihren „Untergebenen“ nicht bieten lassen. War die Behandlung vorher eine schlechte, so wurde sie jetzt noch schlimmer und man fing an, die unlieb-samen Kollegen zu entfernen.

Diese Entlassungen konnten wir nicht anders ansehen, als eine Maßregelung unserer Kollegen. Das konnte nicht so weiter gehen. Wiederum fand eine Werkstattsprechung statt, wozu auch die schon vorher genannten Lohnkommissionen und der Gewerkschafter, Kollege Hartung, eingeladen wurden. Es wurde beschlossen, daß die Lohnkommissionen nochmals bei der Firma vorstellig werden sollten. Verlangt wurde die Einstellung der bereits entlassenen Kollegen, sowie die unbedingte Abänderung der mißlichen Arbeitsverhältnisse. Die Verhandlungen mit den Angehörigen der Firma hätten, nachdem auch Kollege Hartung sein Möglichstes dazu beigetragen hat, zu einem Resultat geführt, der Hauptinhaber des Geschäftes, Herr Ludwig, welcher erst nachträglich den Verhandlungen beigewohnt hat, verlangte jedoch gleich beim Anfang seiner Anwesenheit, auf einem bereits ausgefertigten Schriftstück die Unterchriften der Arbeitervertreter, sowie deren Wohnung, Stand und nähere Angaben über die von ihnen vertretene Organisation. Er meinte ironisch: „Ja will nicht mit einem jeden Diensten man unterhandeln. Um nun dem Herrn zu beweisen, daß sie keine Dienstmänner sind, waren sie ja bereit, sich zu legitimieren. Das paßte aber Herrn Ludwig nicht in seinen „Streu“, und da die Kommission darauf bestand, nicht unterschreiben zu können, gab er die kurze Antwort, nicht weiter zu unterhandeln. — So schlau war man aber auch, denn es waren nur Intriguen, welche Herr Ludwig mit seinem Unterschriften im Auge hatte, und um sich nicht in die Falle Locken zu lassen, that das die Kommission nicht. Der beste Beweis ist ja wiederum geliefert: Die Arbeiter hätten nur zu arbeiten, aber nicht mitzupreden, abgesehen davon, ob es ihnen schlecht geht oder nicht. Wir haben Herrn Ludwig aber eines Besseren belehrt. Einmütig wurde die Arbeit niedergelegt, und ein jeder vernünftige Mensch wird sagen müssen, wir haben Recht gehandelt. Trotzdem der Zuzug ein großer ist, konnten wir Alles noch abhalten. Kollegen, sorgt daher, daß der Zuzug fern bleibt, und der Sieg ist unser.

In der Waggonfabrik zu Werdau legten, wie schon gemeldet, am 8. März wegen Lohnreduktion 300 Arbeiter die Arbeit nieder. Der Streit wurde bereits am 11. März nach gütlicher Beilegung der Differenzen beendet. Auch in diesem Falle hat sich wieder erwiesen, daß eine starke Berufsorganisation die beste Interessensvertretung ist, weshalb wir den Werdauer Holzarbeitern nur empfehlen können, zu ihrem Theil an dem Ausbau des Verbandes rege mitzuarbeiten und alle Kollegen dem Verbände zuzuführen.

Zu dieser Angelegenheit lesen wir folgende, für die sächsischen Verhältnisse bezeichnende Notiz: „Auf originelle, aber echt sächsische Weise wurden die Einigungsverhandlungen im Streik der Waggonarbeiter in Werdau eingeleitet. Über die Firma, durch das einmüthige Vorgehen der Arbeiter überrascht, sah, daß die Sache ernst wurde und die Arbeiter die Lohnreduktionen gemeinsam abzuwehren entschlossen waren, machte sich bei ihr Neigung zum Unterhandeln bemerkbar. Zum Verhandeln war aber natürlich das Streikcomité nötig. Um das zur Stelle zu schaffen, beorderte die Firma einfach zwei — Gen dar men, die dann auch das Comité herbeiholten. In den nun folgenden Verhandlungen fand eine Einigung mit den Streikenden dahin statt, daß von dem jetzigen Auftrag (100 Waggon) 2—6 pZt. Abzüge gemacht werden. Die Streikenden erklärten sich damit einverstanden und nahmen bereits Mittags die Arbeit wieder auf.“

Zum Streit der Drechsler bei der Firma Wendig Söhne in Wilda ist zu berichten, daß bis jetzt keine Aenderung eingetreten ist. Zwei Arbeitswillige, die dort weiter arbeiten, scheinen die besondere Gunst der Behörden zu genießen, wenigstens sollen verschiedene Anklagen erhoben werden gegen Personen, die sich angeblich diesen Leuten lässig gemacht haben. Wir wollen den weiteren Gang der Dinge abwarten, um nachher Bestimmtes berichten zu können. Die Ausständigen sind alle anderweitig in Arbeit getreten und wollen wir sehen, wer es am längsten aushält. Der Direktor des Pöfener Stahlwerks hat sich geäußert: „Wir müssen nun unbedingt zulegen, sonst behalten wir keinen Mann in der Fabrik!“ Daran mögen die Kollegen sehen, welchen Zweck die Firma verfolgt, indem sie ihre großen Fabriken nach dem äußersten Osten verlegt. Die Dummheit der dortigen Arbeiter auszunutzen, um hohe Dividenden an die Aktionäre verteilen zu können. Die Arbeiter aber werden Krüppel und frühes Siechtum ist die Folge dieser immensen Arbeitsleistungen, die dort verlangt werden.

In der Ratinger Holzwaarenfabrik, vormalig Omar Biles, G. m. b. H. in Ratingen, sind Differenzen ausgebrochen. Zuzug von Drechslern und Holzarbeitern nach Ratingen ist streng fern zu halten. Bericht folgt.

In der Hornwaarenfabrik des Herrn W. Krathwohl in Altkastell bei Weislingen ist es zum Streit gekommen. Seit kurzer Zeit sind die Arbeiter dieses Betriebes Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes. Und zwar sind sie der Organisation beigetreten, ohne ihren Chef, wie dieser es gewünscht hätte, vorher um Erlaubnis gefragt zu haben. Als Strafe für dieses vermessene Unterfangen erhielten 3 Kollegen, die schon seit längerer Zeit, bis zu 11 Jahren, im Geschäft thätig waren, die Kündigung. Ein Vermittlungsversuch des Gewerkschafters schlug fehl, denn Herr Krathwohl, der sich selbst als einen freijünger Mann bezeichnet, ist thatsächlich ein sonderbarer Kauz. Er ist nämlich der Meinung, daß es sein Geld sei, das seine Arbeiter ausgeben, und er duldet es nicht, daß sein Geld in die Kasse der Arbeiterorganisation fließt. Da Herr Krathwohl kein Gehl darans machte, daß er allmählig auch seine übrigen Arbeiter entlassen würde, wenn sie nicht dem Verband Balet sagten, zogen diese es vor, im Einvernehmen mit dem Verbandsvorstand ihrerseits zu kündigen. Am 13. März ist die Kündigungszeit abgelaufen, und befinden sich seitdem sämtliche 18 Kollegen im Ausstand. Während der Kündigungszeit hatte Herr Gewerkschafter Hardegg Gelegenheit genommen, den Fabrikanten auf das Unhaltbare seiner Stellungnahme hinzuweisen, aber vergebens; Herr Krathwohl beharrt darauf, daß er Herr über seine Arbeiter sei und ein Recht habe, ihnen vorzuschreiben, wo sie verkahren und wie sie ihr Geld zu verwenden haben.

Wenn die Streikenden fest zusammen stehen, ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß sich Herr Krathwohl noch modernen Anschauungen anbequemen wird. Wir ersuchen daher dringend, den Zuzug von Hornarbeitern nach Altkastell bei Weislingen streng fern zu halten.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Wie es in der mechanischen Schreinerei von Karl Hipp in Straßburg zugeht, das erfährt man in einem Proseß, den Herr Hipp gegen den Redakteur der „Freien Presse“ in Straßburg angestrengt hatte und der vor dem Schöffengericht zu Schlichtheim verhandelt wurde. In der „Freien Presse“ wurde Mitte Januar eine Korrespondenz veröffentlicht, in der in Beziehung auf die Verhältnisse in dem Hipp'schen Betriebe gesagt wurde: „Herr Hipp bezahlt nach wie vor für einen Pappentisch M. 3. Das Holz ist von unbedingten Seiten schlecht auf der Maschine hergerichtet. Für Auspolieren giebt's extra sage und schreibe 25 M. Kleinere Dienstleistungen, wie Leim abkochen, Möbel an die Bahn führen, Holz schichten, das muß gratis gemacht werden. Es liegt klar auf der Hand, daß unter solchen Verhältnissen der Verdienst ein äußerst geringer ist. Die Arbeitszeit beginnt Morgens um 6 Uhr und endigt nach Belieben, d. h. sehr oft gegen 10 Uhr und noch später. In der Woche vor Weihnacht sank einer seiner „bravsten“ Arbeiter vor Mattigkeit an der Wand zusammen. Auch Sonntagsarbeit ist keine Seltenheit. Die „Frau Meisterin“ kommt öfter, um nachzusehen, ob die Tische — und es werden fast nur solche gemacht — in „Ordnung“ ausgeführt werden. Arbeitern, die bei Herrn Hipp eintreten, werden M. 5 vom Lohne einbehalten, damit er auf alle Fälle gesichert ist. S. ist kein Freund vom Holzarbeiterverband. Er erlaubt sich oft spöttische Bemerkungen über dessen Mitglieder. Er selbst soll eine Leuchte der Meistervereinigung sein.“

Herr Hipp fühlte sich durch diese Feststellungen, die nicht der Wahrheit entsprechen sollten, beleidigt und zittete den Redakteur der „Freien Presse“ dieserhalb vor den Strafrichter, um dort allerdings erfahren zu müssen, daß die Verhältnisse in seiner „Wuidke“ auch nicht um ein Sota besser waren, als sie in dem fragl. Artikel geschildert wurden. Er selbst mußte zugeben, daß bei ihm Sonntags gearbeitet worden sei, während die sonstigen Angaben von den Zeugen, selbst von denen des Herrn Hipp, mehr oder weniger bestätigt wurden. Interessant war die Feststellung, daß Sonntags gearbeitet werden mußte, da es sonst am Samstag keinen Lohn gab; daß von einem Arbeiter sogar unter Androhung der Entlassung verlangt wurde, über die Weihnachtsfeiertage zu arbeiten; daß die Maschinen einmal von einem Barbier und einmal von einem Maler, ein ander Mal von einem Maurer bedient; daß die Arbeitsordnung, die ziemlich rigorose Bestimmungen enthielt, in Anwendung kam,

obwohl sie behördlich nicht genehmigt ist, und Anderes. Unter solchen Verhältnissen konnte Herr Hipp nichts Klügeres thun, als nach einer Erklärung des Beklagten, daß eine Verleumdung nicht beabsichtigt, seine Klage zurückzuziehen. Klüger wäre es allerdings von ihm gewesen, garnicht zu klagen, da er sich dann eine Blamage erspart haben würde.

Ueber die Verhältnisse in der Stofffabrik von Neuschäfer & Späthe in Bürgel wird seitens der dortigen organisierten Kollegen lebhaft Klage geführt. Benannte Fabrik besteht seit 3 Jahren, und ist es schon mehrere Male vorgekommen, daß Kollegen wegen sozialdemokratischer Umtriebe entlassen worden sind. Lohnabzüge waren keine Seltenheit. So hatten sich vor kurzem die organisierten Kollegen einmal dazu aufgerafft, bessere Zustände der bescheidensten Art herbeizuschaffen. Sie verlangten eine Stunde Verkürzung der Arbeitszeit an jedem Sonnabend, sowie die Lohnzahlung, um langem Warten vorzubeugen, während der Arbeitszeit; aus hygienischen Gründen Waschgefäße und Staubsauger und Zurücknahme der Kündigung eines Kollegen. Diese Forderungen wurden aber von der Firma prozesshaft abgewiesen mit dem Bescheid, daß sie sich vom Solzarbeiterverband keine Vorschriften machen ließen, die Kollegen könnten ihrerwegen alle gehen. Der Herr Späthe lief sogar in der Fabrik umher und fragte die Nachkollegen; denen gefiel es unter den alten Verhältnissen aber sehr gut. Wer es aber wagte, an den Forderungen festzuhalten, der konnte sofort gehen, so wurde einem Kollege gekündigt wegen sozialdemokratischer Umtriebe und Aufwiegelei. Diese unlieblichen Verhältnisse liegen aber daran, daß der größte Theil der Arbeiter, sogar Solche, welche dem Verband früher angehört, sich dem Solzarbeiterverband nicht anschließen wollen, trotz der Agitation der Zahlstelle. Es verstehen auch die Herren N. & S., die Leute vom Verbands abzuhalten; am Abend der Versammlung kredenzten sie ihren Leuten Freibier, so daß nur 4 Kollegen von 11 organisierten und von 28 Arbeitern anwesend waren. Aber auch die Bauheit verschiedener organisierter Kollegen ist hierbei zu Tage getreten; bei einer Verfassungsverammlung waren 7 und in der Verbandsversammlung nur 4 Kollegen erschienen. Die Kollegen hätten es auch durchgedrückt, wenn sie fest zusammen gestanden wären, denn die unorganisierten Arbeiter sind meist Hilfsarbeiter und minderwertige Kräfte. Es stellte sich dann noch heraus, daß ein Kollege den Verräther gespielt hatte. Laut Versammlungsbeschlusse wurden die früheren Kollegen Taggessell wegen Verraths und Hermann Lüdicke wegen Verleumdung der Ortsverwaltung und Vergehen gegen die Verbandsinteressen aus dem Verbands ausgeschlossen. Da nun die Firma immer neue Kräfte von auswärts zuzieht, so machen wir jeden Kollegen darauf aufmerksam, sich das genau zu überlegen, ehe er hierher kommt. Die Fabrik gleicht einem Taubenhau; die Inhaber brüten sich sogar, 12-15 Offertenangebote von Arbeitern zu haben. Die Zahlstelle Bürgel wird aber ein offenes Auge über die Firma Neuschäfer & Späthe haben, um sich die Prozenhaftigkeit nicht immer gefallen zu lassen.

Durch Lehrlingszücherei glaubt auch die Berliner Drechslerinnung den „goldenen Boden des Handwerks“ heben zu können. In einer Zuschrift an verschiedene Blätter wird von dem Obermeister der genannten Innung bei der jetzt stattfindenden Ausbildung von Knaben den Eltern ein Fingerzeig gegeben, ihre Kinder das noch sehr rentable Drechslerhandwerk erlernen zu lassen. Es sei ein Handwerk, das immer noch Arbeiter gebrauchen könnte, insbesondere geschickte, die bei einem Lohn bis M. 40 ein gutes Auskommen hätten; auch würde die Drechslerlei immer floriren, selbst bei steter Vermehrung von Maschinen usw. Es ist geradezu unglaublich, wie dies Herr Schulz schreiben konnte, der sich vielfach den Anschein giebt, als ob er von den wirtschaftlichen Verhältnissen und deren Entwicklung etwas verstünde. Mindestens sollte man annehmen, daß er die Verhältnisse in seinem Gewerbe kennen müßte. Nun erreicht zur Zeit die Zahl der Arbeitslosen im Drechslergewerbe eine Höhe, wie sie fast nie zuvor zu verzeichnen war und wie sie andere Gewerbe kaum aufweisen werden. Der vierte Theil der Berliner Drechsler ist arbeitslos. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit liegen einmal in dem Niedergang der Konjunktur, dann aber, und nicht zum geringsten Theil, was die Möbeldrechslerlei anlangt, in der modernen Richtung der Möbelfabrikation, bei der Drechslerarbeiten nur sehr minimal vorkommen.

Hier ist also gerade das eingetreten, was Herr Schulz in seiner Zuschrift als unmöglich hinstellt, nämlich ein Zustand, unter welchem Drechsler nicht gebraucht werden. Aber auch die Löhne, die man in der Drechslerlei zahlt, sind niedrig. Nach statistischen Aufnahmen in der Drechslerlei stellt sich der Durchschnittslohn auf M. 22. Nach einer Statistik, die unter den Berliner Drechslern im Jahre 1900 aufgenommen wurde und an der sich 91 Drechslerbetriebe mit 468 beschäftigten Arbeitern beteiligten, wurden in 36 Werkstätten nur M. 15 bis 24 verdient; die Werzigmart-Arbeiter wird Herr Schulz mit der Laterne suchen müssen. Selbst die große Zahl der „Drechslermeister“, die allein oder mit einem Lehrling in der Küche oder in einer Bodenkammer arbeiten, werden diese Löhne kaum erreichen.

Dann aber ist die Drechslerlei eines der ungesundesten Gewerbe. Nach einer von der Drechslerkrankenkasse aufgemachten Statistik leiden durchgängig 60 pSt. aller Kranken an der Schwindsucht, der gleiche Prozentsatz bildet die Todesursache der Verstorbenen, während das Durchschnittsalter 37 Jahre beträgt.

Der Herr Innungsoberrmeister wird in Zukunft deshalb gut thun, sich vorher über die Verhältnisse innerhalb seines Berufes zu informieren, ehe er solche Publikationen erläßt, sonst könnte er sich kaum den Vorwurf ersparen, daß er den Thatsachen Gewalt anthut, lediglich zu dem Zwecke, möglichst viele junge Leute als billige und günstige Ausbeutungsobjekte jenen Streifen zuzuführen, denen er materiell interessiert ist.

Gewerkschaftliches.

Der Ausstand der Glasarbeiter in Nienburg, der für die Glasarbeiterorganisation von so großer Bedeutung ist, dauert ununterbrochen fort. Arbeitswillige sind nur wenige zu verzeichnen. Die Streikenden haben sämmtlich die Fabrikwohnungen geräumt und anderwärts Unterkommen gefunden. Es ist daraus ersichtlich, wie groß die Opfer sind, die die Arbeiter in dem Interesse ihrer Organisation bringen. Die Bemühungen, Streikbrecher heranzuziehen, werden mit Eifer

von der Hüttenverwaltung fortgesetzt, ohne daß man bisher den gewünschten Nutzen erlangte. Trotzdem sind sich die Streikenden darüber klar, daß der Kampf mit dem Glasring ein schwieriger wird. Die Zahl der Streikenden ist auf 530 gestiegen und sind 1500 Familienangehörige zu unterstützen.

Der Verband der Tapezierer hatte am Schluß des letzten Jahres laut seiner soeben veröffentlichten Abrechnung in 85 Mitgliedschaften insgesamt 4070 Mitglieder. Die Gesamteinnahme des Verbandes im 4. Quartal des Vorjahres beziffert sich auf M. 9529,73, während der Verband mit Beginn des neuen Jahres über ein Gesamtvermögen von M. 7881,71 verfügt.

Der Centralverband der Handlungsgehilfen Deutschlands hat mit großer Mehrheit durch Abstimmung beschlossen: „Die Redaktion des „Handlungsgehilfen-Blatt“ mit dem Sitz des Verbandes in Hamburg zu vereinigen und für Redaktion und Verwaltung einen besoldeten Beamten anzustellen“.

Eine neue Gewerkschaftszeitung in polnischer Sprache wird vom 1. April ab in Posen unter dem Namen „Dziennik“ („Die Aufklärung“) herausgegeben werden. Für den Verlag zeichnet die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Die zweite Generalversammlung des deutschen Seemannsverbandes fand in den Tagen vom 25. bis 28. Februar in Hamburg statt. Nach dem Geschäftsbericht ist der Stand des Verbandes ein recht guter. Die Mitgliederzahl ist von 5178 Ende 1899 auf 5220 am 31. Dezember 1900 gestiegen. Besonders haben sich die Mitgliedschaften in den Disheshäfen, in denen rege Agitation entfaltet ist, gehoben. Infolge der ganz eigenartigen Lage des seemannischen Lebens, das einer stetigen Fluktuation unterworfen ist, bedeuten nicht alle eingeschriebenen Mitglieder auch regelmäßig zahlende Mitglieder. Von der oben aufgeführten Zahl sind im Durchschnitt nur 2879 regelmäßig zahlende Mitglieder vorhanden, allerdings im Gegenjag zu 2125 im Jahre 1899. Infolge dieser Mitgliederzunahme haben sich die Einnahmen des Verbandes ebenfalls erhöht. Nach dem vom Hauptkassirer Meyer erstatteten Rapportenbericht steht einer Gesamteinnahme von M. 21186,68 eine Gesamtausgabe von M. 12627,82 gegenüber, so daß ein Ueberschuß von M. 8558,86 erzielt ist. Dazu kommt ein Bestand von M. 11176,87 aus den früheren Jahren, so daß der Verband über ein Gesamtvermögen von M. 19735,73 zur Zeit verfügt, ein für die kurze Zeit seines Bestehens sehr erfreuliches Resultat. Dazu kommen noch M. 11075, die sich am Schluß des Jahres in den Lokalkassen der Mitgliedschaften befanden: zusammen also M. 30810,73. Unter den Ausgaben figurirten M. 3561,82 für das Verbandsorgan, denen an Einnahmen aus dem Verbandsorgan M. 2155,28 gegenüber stehen. Für die Agitation sind M. 2494,20 verausgabt, für Streikunterstützungen M. 660,69, an Zuschuß an einzelne Mitgliedschaften M. 367,30, als Beitrag für die Generalkommission M. 330,70, für Bücher und Materialien M. 2028,65, an Gehalt für den Vorsitzenden M. 1834, an Beitrag für die Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger M. 75.

Aus den Verhandlungen, in die unter Anderem auch ein als Zuhörer anwesender Pastor Reimers eingriff, um Angriffe gegen die Seemannskommission zurückzuweisen, ist zu entnehmen, daß der monatliche Beitrag von 75 M auf M. 1 erhöht wurde. Die Generalversammlung beschloß sodann auf's Neue, die Verstaatlichung des Rettungswesens für Schiffbrüchige zu verlangen. Nach einem sehr eingehenden Referat des Reichstagsabgeordneten Megeer erklärte die Versammlung, daß sie auf den von ihnen der Regierung unterbreiteten Anträgen beharren müsse und den Arbeitervertretern im Parlament ihre Anerkennung für ihr Eintreten zu Gunsten der Seeleute ausspreche. Bei der Vorstandswahl bleibt die bisherige Zusammensetzung bestehen. — Die Entschädigung des Vorsitzenden wird auf M. 2000 pro Jahr (bisher M. 1920), die des Hauptkassirers auf M. 20 pro Monat festgesetzt.

Der erste Kongreß der Schlichtergesellen Deutschlands soll im Laufe des Sommers in Berlin stattfinden. Unter Anderem wird auch die Frage der Errichtung von Genossenschaftsschlichtereien zur Erörterung gelangen.

Von der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hat zur Zeit einen Mitgliederbestand von 32085 Personen. Der Kassenbestand beträgt M. 73824,24.

Von der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsbewegung. Ein „Rheinisch-westfälischer Ausbreitungsverband der deutschen Gewerksvereine“ wurde am 3. März in einer von Delegirten rheinisch-westfälischer Gewerksvereine zahlreich besuchten großen Versammlung in Düsseldorf beschlossen. § 1 seiner Statuten lautet, wie der „Gewerksvereinsbote“ mittheilt: „Der Zweck des Verbandes ist die Unterstützung und Kräftigung der bestehenden und die Gründung neuer Ortsvereine. Die Vertretung der Gewerksvereine in der Öffentlichkeit, die Förderung der Arbeiterstatistiken des Bezirkes und die Unterstützung aller der Organisation angehörenden Genossen zur Sicherung ihrer Rechte aus der Gewerbeordnung und den sozialen Versicherungsgesetzen, endlich die Sammlung jeglichen Materials für Vorträge und Unterstützung sozialer Unterrichtskurse (Volkswirtschaftsschulen). Dies erstrebt der Verband durch: 1. Aussendung von Agitationsrednern und Abhaltung von Versammlungen; 2. Gründung eines Organs; 3. Errichtung eines ständigen Bureaus.“

In der Versammlung fiel manches scharfe Wort gegen den Centralrath der Gewerksvereine und es wurde auch schließlich, nachdem Düsseldorf zum Vorort des Ausbreitungsverbandes gewählt worden war, folgende Resolution gefaßt: „Die heute von über 80 Ortsvereinen Rheinlands und Westfalens besuchte kombinierte Ausschussung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß der Centralrath den Ortsverband Düsseldorf, im Widerspruch mit den klaren Bestimmungen des Verbandsstatuts, aufgelöst hat und daß infolge dieses Schrittes die Düsseldorfser Streikleitenden eine Gestalt angenommen haben, die tief bedauerlich ist; der Ausbreitungsverband spricht ferner sein Bedauern darüber aus, daß der Generalrath der Maschinenbauer sich in diesen Streit unberufenen Weise eingemischt und den Verbandsgenossen Haltungen, ohne ihn zu seiner Verteidigung zuzulassen, aus dem Gewerksverein

ausgeschlossen hat. Der Ausbreitungsverband hofft, daß durch beiderseitiges Entgegenkommen in genossenschaftlichem Geiste der Streit nunmehr beendet und ein ehrenvoller Frieden geschlossen werde.“

In der Resolution vermischt man jene Selbstständigkeit und Entschiedenheit des Tones, die die Düsseldorfser Hirsch-Dunderschen in letzter Zeit auszeichnete. Das klingt ja bald wie ein pater peccavi. Der „Gewerksverein“ anerkennt demnach, daß der Ton ein ruhigerer geworden ist, demgegenüber spricht er der oben angeführten Düsseldorfser Versammlung das Recht ab, im Namen der rheinisch-westfälischen Ortsvereine zu reden, da auf derselben nur 20 pSt. der Ortsvereine vertreten gewesen wären und von diesen nur etwa die Hälfte autorisirt gewesen sei, für die vertretenen Mitglieder eine bindende Erklärung abzugeben. Bei einer Unterlassung weiterer Angriffe gegen den Centralrath stellt der „Gewerksverein“ den Düsseldorfsern einen ehrenvollen Frieden in Aussicht. Mit dieser Ankündigung stimmt allerdings schlecht überein, daß der Centralrath in einer nochmaligen Abstimmung die Aufschlüsselung Halkenbergs — eines der Düsseldorfser Führer —, die von den Generaldeputirten als ungültig erklärt worden war, aufrecht erhielt.

Die österreichische Metallarbeiterzeitung feiert ihr 10jähriges Jubiläum. Das Blatt wurde nach der wüsten Periode des ausnahmsgegesetzlichen Zustandes am 6. März 1890 in Wien gegründet und wuchs mit der stetig sich entwickelnden Organisation, die sich im Jahre 1892 zu einem Centralverband zusammenschloß, zu einem einflussreichen und gut geleiteten Fachblatt empor. Möge der Erfolg, der den Unternehmern bisher vergönnt war, es weiter auf seinen Wegen begleiten.

Literarisches.

„Die Neue Zeit“, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens (Stuttgart, Dieß Verlag), erscheint in wöchentlichen Heften à 25 M (pro Quartal M. 75) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Erschienen sind Hefte 22 und 23. Aus dem 23. Heft heben wir hervor: Das neue Patrimonium. — Die Industriezölle und der Weltmarkt. Von Parvus. — Jugendliteratur. Von Sjonke Troelstra. — Die polnischen Wanderarbeiter. Von J. Karcki. — Literarisches Rundschau. — Feuilleton. „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, Stuttgart, Verlag von J. G. W. Dieß Nachf. Nr. 16 des 11. Jahrganges. „Kommunale Praxis“, Verlag von Raben & Co., Dresden, Preis pro Vierteljahr M. 1. Erschienen sind Nr. 3 und 4. „Zur guten Stunde“, illustrierte Zeitschrift. Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin W. Heft 12, 13, 14 und 15. Preis jedes Vierteljahrsheftes 40 M. „Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarktberichte (Herausgeber Dr. J. Jastrow) Berlin, Verlag von Georg Reimer. Erschienen sind die Nummern 10, 11 und 12.

Briefkasten.

Infolge Raummangels mußten einige Korrespondenzen und Eingekandts bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden. Darmstadt, A. Muhte wegen Raummangels bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden. Weiskensee, D. A. Traf diesen Morgen ein. Wird in nächster Nummer Berücksichtigung finden. Delfau, D. D. Gut antwärmen, dann abzahnen, dann mit gutem, starkem Keim verleimen. Mühlhausen i. Th. Von S. hat bereits die Verwaltungsstelle Kastatt in der vorigen Nummer einen Nachruf gebracht. Kassel, L. W. Anonyme Anfragen werden nicht beantwortet. Mückern, D. B. Aber, lieber Freund, warum denn gleich so erregt? Uns ist von einer Anfrage nichts bekannt und müssen wir schon um eine Wiederholung derselben bitten. Themar, F. J. Diese Zeitung ist uns nicht bekannt. Wir kennen nur die „Korbmacher-Zeitung“, Zentralorgan für die Korbwarenindustrie, den Weidenhandel und verwandte Zweige. Apolda, Verlag von Rob. Vitrner, Reichstr. 15.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. (E. S. 3 in Hamburg.)

Vom 2. bis 16. März wurden folgende Beträge eingekandt: Erlangen, Hamburg IV je M. 200, Wallenbar 150, Gummerich, Obergreislau je 100, Nischerleben, Stempfen je 60. Summa M. 870.

Vom 2. bis 16. März erhielten Zuschüsse: Offenbach M. 1500, Berlin G 1000, Fürth 1000, Nürnberg 800, Berlin A 600, Berlin D, Berlin E, Neuz, Bremen, Altenburg, Halle, Köln II, Grünwetterbach, Mündenheim, Rawitzsch je 400, Bürgel, Gerthel, Laibach, Gießen, Neustadt a. S., Neudaru, Nippes, Reiz je 300, Feudenheim, Gelfentkirchen, Ebbau, Niesha, je 250, Bübel, Dortmund, Sand, Pirna, Rödersheim, Grabow, Alte Neustadt, Oggersheim, Neubuth, Mühlheim a. b. Muhr, Durlach, Lampertheim, Bonn, Bodenheim, Mainz, Leipzig II, Ludenwalde, Heilbronn, Kleinjocher, Bergedorf, Konstantz, Gomburg v. b. S., Osterwied, Leipzig I, Bruchsal, Charlottenburg, Reutlingen, Striesen, Coblenz, Friedrichroda, Gera, Hagen, Magdeburg, St. Gangloff, Wadenbuchen, Wittenberg je 200, Wschaffenburg 350, Bettendorfen, Gdfeley, Neuendorf, Detmold, Bayreuth, Griesheim, Rogheim, Sülz, Cotta, Vielesfeld, Dresden-N., Kretschau, Kaiserlautern, Fiechen, Juffenhansen, Kothheim je 150, Müggensflur, Wausen, Striegau, Buchheim, Breckenheim, Hameln, Pantow, Welsch-neureuth, Haintchen, Reichenbach, Sudenburg, Duisburg, Münster, Neuluthheim, Wilhelmshausen, Wolfsanger, Deuben, Zebenhausen, Wehringhausen, Dörnberg, Fürsheim, Breben, Osterweddingen, Pasewalk, Bach, Saalsfeld, Ebingen, Heusenstamm, Painsdorf, Seeheim, Stetten, Hennethal je 100, Altena, Gammersdorf, Herbede, Holzhausen je 120, Gelnhausen, Walbau, Lauberhischheim je 80, Gynach, Rödelheim je 75, Sonneberg 70, Urach, Manebach, Diesdorf, Belzheim je 60, Amöneburg, Debschütz, Ohrdruf, Zangenberg je M. 50. Summa M. 27330. Krankenunterstützung für Einzelmitglieder wurden durch die Kassenkasse bezahlt M. 3161,03. L. Jacobs, Hauptkassirer.

Berichtungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 A.)

Altona. Am Dienstag, den 26. März, Abends 9 Uhr, im Lokale der Frau Gbler, Nordstr. 37. L.-D.: 1. Kartellbericht und Diskussion. 2. Berichtsbeneh.

Die Ortsverwaltung.

Barmen. Am Sonntagabend, den 30. März, Abends 9 Uhr, bei F. Soeren, Brucherstr. 7.

Braunschweig. Sonntagabend, den 30. März, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Werber 32.

Charlottenburg. Montag, den 25. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Leder, Wismarstr. 74.

Emden. Donnerstag, 28. März, 6. Menthe.

Freiental. Am Montag, den 25. März, Abends 8 Uhr, große öffentliche Versammlung im Kadass'schen Lokale. Wichtige Tagesordnung! Vortrag des Kollegen Stüschke-Berlin. Kollegen, agitiert für den Besuch dieser Versammlung.

Görlitz. Am Montag, den 25. März, Abends 8 Uhr, im „Wohlfahrt“. L.-D.: 1. Welchen Zweck haben konfessionelle Gewerkschaften? 2. Geschäftliches, Annahmen und Fragekasten. Die Ortsverwaltung.

Kall-Köln. Sonntag, den 31. März, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn R. Nied, Kall, Viktoriastr. 70: Öffentliche Modell-schreiner-Versammlung für Köln u. Umgegend.

Quakenbrück. Sonntag, den 24. März. L.-D.: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Entgegennahme der Beiträge. 2. Vortrag des Gewerkschafters Rich. Schmidt aus Bremen über das Thema: „Die Lage der Arbeiter in der Krise“. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist notwendig. Die Ortsverwaltung.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstag Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Kaiserslautern. Bevollmächt. Friedrich Müller, Ziegelstr. 40. Kassierer Wilhelm Richter, Hechtstr. 5.

Wassau. Verkehrslokal bei Windhager, Grabengasse. Reiseunterstützung bei Schuhmacher Spann, Gr. Klingergasse.

Mildorf. Bevollm. Karl Lujck, Tischler, Glasowstr. 41. Kassierer Fritz Rothe, Hermannstr. 200. Reiseunterstützung Abends von 7-8 Uhr. Verkehrslokal bei Breil, Rosenstr. 24.

Rostock. Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter befindet sich auf der „Zentralherberge“, Beguinenberg 10. Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Weißensee 5. Berlin. Bevollm. Max Schröder, Pistoriusstr. 9. Partierre. Kassierer Alb. Kirchner, Langhansstr. 152. Dasselbst Reiseunterstützung Mittags von 12-1 1/2 und Abends von 6-8 Uhr. Herberge u. Verkehrslokal bei Herrn Kühne, Köllnstr. 20. Vertretungsmänner-Sitzung jeden Mittwoch nach dem 1. eines jeden Monats. Versammlung jeden Donnerstag nach dem 15. des Monats.

Der Kollege Andresen, Tischler, welcher bei Köhler in Hujum in Beschäftigung stand, soll in einem Prozeß als Zeuge vernommen werden. Wir bitten dringend um ausgehende Mitteilung der Adresse. Die Redaktion der „Holzarb.-Ztg.“

Der Kollege, welcher den Roman „Zölner von Glanzen“ aus unserer Bibliothek geliehen hat, wird gebeten, denselben an die Ortsverwaltung Zeulenroda abzuliefern.

Der Tischler Max Hertel (Buch-Nr. 74193) wird ersucht, seine Adresse an die Verwaltungsstelle Freiberg i. S. einzusenden. Die Kollegen werden gebeten, ihn hierauf aufmerksam zu machen.

Der Bürstenmacher Aug. Thielmann, geb. am 26. Dezember 1869, wird ersucht, seinen Berufsnachweis dem Kassierer W. Kunst gegenüber nachzusenden. Die Ortsverwaltung Gladbach

Die Korbmachergesellen Wilh. Celsmann (Buch-Nr. 107778) und Heinrich Grimm (Buch-Nr. 107765) aus Reuzelle werden ersucht, ihren Berufsnachweis der hiesigen Verwaltungsstelle gegenüber nachzusenden. Kollegen, welche ihren Berufsnachweis wissen, bitten wir, seine Adresse an uns gelangen zu lassen. Die Holzarbeiter-Gewerkschaft Rheinfelden (Schw.)

Wir ersuchen Franz Trösch, Schreiner aus Griesheim (Baden), seinen Berufsnachweis dem unterrichteten Vereine gegenüber nachzusenden. Kollegen, welche seinen Berufsnachweis wissen, bitten wir, seine Adresse an uns gelangen zu lassen. Die Holzarbeiter-Gewerkschaft Rheinfelden (Schw.)

Sterbetafel
des
Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Hermann Etzold, Tischler, geb. am 31. Jan. 1853 zu Müstschau, Kreis Weiskensfeld, gest. am 17. März 1901 an Rippenfell- und Lungenentzündung zu Schwelm.

Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Holzverarbeitung

Eine im Bau begriffene Fabrik für sucht einen durchaus zuverlässigen, bestempfohlenen Mann als

*** Werkführer. ***

Hauptfabrikation:
Buchenparket-Bremen.

Bewerbungen m. entsprech. Nachweisungen, Photographie u. Gehaltsansprüchen erbeten unt. **T. H. 962 an Haasensteln & Vogler A.-G., Frankfurt a. M.**

Tüchtiger Fraiser sofort gesucht. Hoher Lohn und dauernde Stellung gesucht.

H. Jarosch, Möbelfabrik, Bad Rissingen (Bayern).

Gef. 2 Korbmacher auf Ballontörbe. **Ludw. Behsen, Trittau i. Holst.**

Gesucht zwei Korbmacher auf geschichte, grüne & Zentner-Törbe und Mattarbeit bei gutem Lohn. **F. Fischer, Rosengarten b. Altbamm.**

2 Korbmacher auf grüne, geschlagene, weiße Arbeit können sofort anfangen. **M. Eggers Wwe., Bömitz a. d. Elbe (Meckl.).**

2-3 junge Korbmachergesellen auf Reiskörbe, dauernde Arbeit, sofort gesucht. **B. Tröbst, Korbmachermeister, Stendal.**

2 Korbmachergesellen auf Rohr- und Gestellarbeit sucht **W. Bartelmann, Rostock i. M.**

Korbmacher auf Geschlagen und etwas Gefellarbeit per sofort gesucht. **Heinr. Hellmann, Bremen.**

Bürstenmachergesellen auf dauernde Arbeit sucht **Herm. Stolzenberg, Osnabrück.**

1 tüchtiger Korfschneider für Handschnitt, der auch zurechten und bohren kann, bei hohem Lohn gesucht. **F. E. Nielsen Nachf., Frankfurt a. d. D.**

Korfschneider.

Geübte Handschneider, Bohrer und Mädschen für die Rundschneidemaschine finden dauernde Stellung bei gutem Gehalt.

Elektrische Kork-Industrie.
Carl Louis Fuchs & Co., Frankfurt a. M., Bingerstr. 7.

Arbeitsnachweis der Korkarbeiter. 1 Handrundscheider und 1 Bohrmaschinenscheider gesucht.

Wilh. Schnock, Frankfurt a. M., Alte Mainzerstraße 38, 1. Et.

Praktisches Unterrichtsbuch für Tischler, Bildhauer, Drechsler etc.

von Ernst Loose, städtischer Lehrer u. Lehrer a. d. Bundesfachschule zu Magdeburg.

Zweite, bedeut. erweiterte u. verbesserte Auflage. Inhalt: Abth. 1. Die richtige Schreib- und Erreichweise. Abth. 2. Geschäftsbriefe u. Geschäftsaufträge. Abth. 3. Das Fachrechnen. Abth. 4. Die wichtigsten Holzarten. Abth. 5. Werkzeugkunde des Tischlers, Bildhauers, Drechslers etc. Abth. 6. Das Kostenberechnen. Abth. 7. Die Buchführung. Abth. 8. Wechsellehre. Abth. 9. Gesetzeskunde. Anhang: Aus dem Einkommensteuergesetz.

Preis M. 3, eleg. gebunden M. 3,50. Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Putzhobel ohne Klappe u. Keil

(Deutsches Reichspatent Nr. 88 696) zum Abputzen von feinstem Messerjournalier, zum Kröpfen und zu jeder anderen Abputzarbeit.

Rich. Gebel, Dahnze i. d. Mark.

Als Spezialität versende gegen Nachnahme für Möbelschleifer, franco zu M. 7,50:

Dübeleisen, gezahnt, 8, 10, 12, 14, 16, 18 mm, mit echten amerikanischen Dübelstiften.

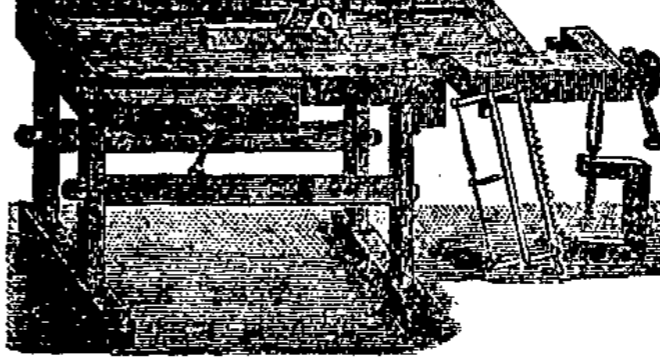
Ernst Trimpop, Remscheid-Baßler.

Tischler-Fachschule Detmold

Drei- und sechsmonatlicher Kursus. Eintritt täglich. Bewährte Ausbildung.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl.

Zeichner, Werkführer, Meister.



Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke.

Titus Axen, Altona. Preislisten gratis und franko.

Table with columns: Muster, von Herren- und Damenkleiderstoffen portofrei. Items include: Für 1 Mk. 65 Pf. 1 Meter 20 cm. englisch Leder zu einer Straßentröhse. Für 6 Mark 8 Meter Monopol-Chevot in allen Farben zu einem gebiegten Anzuge. Für 8 Mk. 10 Pf. 8 Meter gediegene Toden zu einem Sport-Anzuge. Für 9 Mk. 40 Pf. 8 Meter Satin zu einem hochfeinen Paletot. Für 10 Mk. 50 Pf. 8 Meter Triumph-Chevot zu einem eleganten Anzuge. Für 13 Mk. 80 Pf. 8 Meter Kammingarn zu einem soliden Festanzuge. Für 2 Mk. 70 Pf. 6 Meter Plüsch-Pelour zu einem soliden Hauskleide. Für 3 Mk. 90 Pf. 6 Meter solides Damentuch in allen Farben. Für 4 Mk. 80 Pf. 6 Meter Damenloden zu einem soliden Reisetkleide. Für 6 Mk. 30 Pf. 6 Meter schwarz reißwollen Cadymir oder Crèpe. Für 9 Mark 6 Meter Mohair-Glanz-Jacquard in allen Modelfarben und schwarz. Für 10 Mk. 50 Pf. 6 Meter reißwollen Somerspun, letzte Neuheit in prachtvollen Melangen. Entzückende Neuheiten bis zum Hochfeinsten zu konkurrenzlos billigen Preisen. Tuchausstellung Augsburg 93 Wimpfheimer & Cie. Preisliste gratis.

Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. (Tourreab. f. Radl.) Ueber 2000 Reisetouren. 1 Eisen- u. 2 Strassenkarten. Geb. M. 1,50. Durch J. Scherm, Nürnberg, Fürtherstr., u. alle Buchh.

Reelle Zigarren-Offerte.

Offertieren den Genossen unsere vorzüglichsten Fabrikate in den Preislagen von M. 25 bis M. 100 pro Mille. Musterlisten zu Diensten. **Rösler & Hofmann, Zigarrenfabrik, Sainewalde i. S.**

Meinel & Herold

Harmonika-Fabrik Klingenthal (Sa.) Nr. 103 versenden pr. Nachnahme anerkannt solide Concert-Zug-Harmoniken, ca. 34 cm hoch, m. garantiert stärksten Stimmen, offener Klaviatur, verstellb. Stahlfederung, 3 theil. (11 fältigem) Doppelbalg mit besten Metallgehäusen (Edelstahler) Doppelbalgen etc. 10 Taf., 2 Hör., 2 Reg., 80 Stim. M. 5.- Schule and 10 " 5 " 8 " 70 " " 7,50 Klöße hierzu 10 " 4 " 8 " 90 " " 8,50 umföhr., 10 " 6 " 6 " 130 " " 15.- Porto extra. 21 " 2 mal 2 Hör. 108 " " 11.- 21 " 6 echt. Reg. 158 " " 27.- Andere Harm. (105 versch. Art.) pr. St. v. M. 3,50 bis 80.- Musikwerke, Drehorgeln, Akkordzithern, Zithern, Violinen, Mundharmon., Bandolons. Garantie: Zurücknahme and Geld retour. Wir bitten dringend, unsere Harm. nicht mit billiger Offerte zu verwechseln, ist der Preis niedriger, ist auch die Qualität geringer. Vor anderweitigem Einkauf verlange man unsern großen illustrierten Catalog umföhr. - Ueber 3000 Dankschreiben.

Geld verdienen

Können Sie, wenn Sie Ihren Beruf in Harmonika-Columbia- und Zithern bei uns beden. Unsere Concert-Zug-Harmoniken mit geschliffen geschliffenen Reueiten, 85 cm hoch, mit 10 Tasten, 2 Register, 2 Bälgen, 2 dreifältigen Harten Doppelbalgen, Edelstahler, aus besten, härtesten Stimmen, offener Klaviatur, daher stärksten Ton, Kosten in 2 Hörig bis M. 4,50, 3 Hörig M. 6.-, 4 Hörig M. 7,50, 6 Hörig M. 11,50, 2 Reueiten mit 19 Tasten, 4 Bälgen 9,50, mit 21 Tasten M. 10.-, mit besserer Tremolando-Einrichtung 50 Pf. mehr, mit Glocke 30 Pf. extra. Versand gegen Nachnahme, Porto 30 Pf. Gebührentermine gratis. Reueiten, Kisten oder Geld zurück, wenn unsere Instrumente nicht gut ausfallen. Illustrierte Preisliste gratis und franko. Bestellen Sie nur bei **Herfeld & Co., Neuenrade No. 288, Westfalen.** Thatsächlich größte Harmonikafabrik am Tage.

Konzert-Mundharmonika, prächtvoll in Ton u. Ausstattung, Messingplatten, Decken gravirt u. aufgeschraubt, 80- u. 96tönig, 2 Seiten z. spielen. Mit 48 Tönen Stf. M. 1,20, m. 80 Tönen M. 1,90, mit 96 Tönen M. 2,20. Diese Harmoniken sind auf's Feinste abgestimmt u. z. Spielen der komplizirtesten Musikstücke, wie Opern, Märche etc., eingerichtet. Gebe diese Harmonika 8 Tage zur Probe und nehme sie unbedingt zurück.

B. Fischer, Gera (N.), Friedrichstr. 6.

Durch die Expedition dieses Blattes sind zu beziehen:

Die moderne Bautischlerei

enthaltend Vorlagen zu allen im Bauhandwerk vorkommenden Arbeiten. - Preis M. 10,50.

Das Treppentwerk.

Preis M. 6.

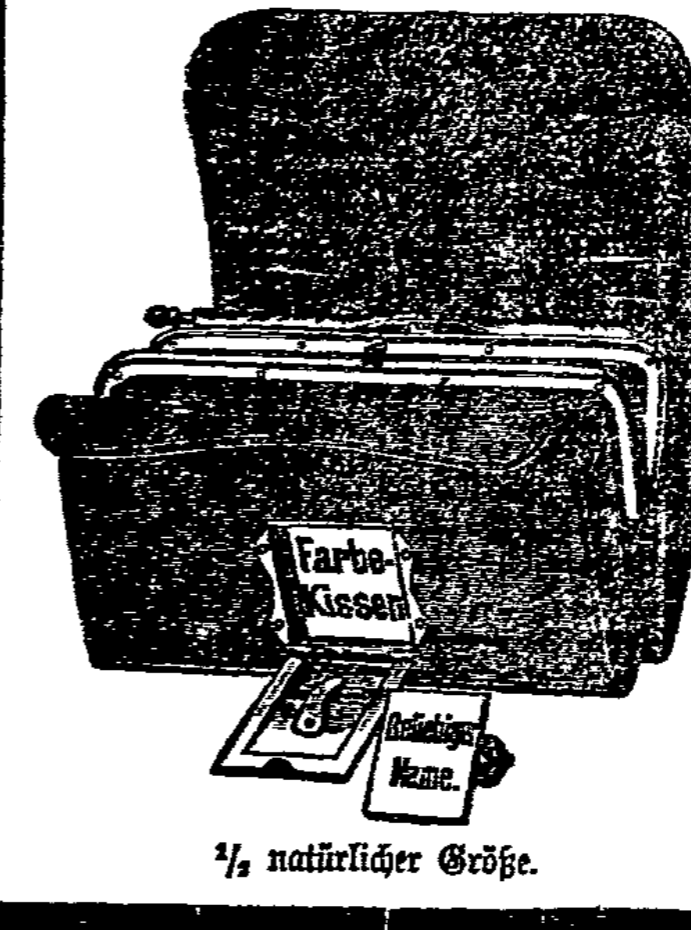
Musterblätter

moderner Drechslerarbeiten. Zwei Sammlungen à M. 6.

Der Wagentasten und sein Plan.

Preis M. 4,50.

Ein Portemonnaie mit Stempel



für Mf. 2,50 pro Stück.

Feines, schwarzes Vachleder-Portemonnaie mit vernickeltem Innenbügel, wie Abbildung, vernickeltes Schloß, sehr solid gemacht, mit beliebigem, annehmbarem Gummistempel zum Stempeln von Briefen, Postkarten, Adressen u. s. w. inkl. Stempelfarbe liefern wir für obigen Preis gegen Nachnahme.

Namen, fein vergolbet, in Druckschrift auf das Portemonnaie gepreßt, 25 Pf. pro Stück extra.

Hauptkatalog, za. 2000 Abbildungen unserer Waaren enthaltend, umföhr. und portofrei.

E. von den Steinen & Cie.,

Stahlwarenfabrik u. Versandhaus, Wald 34, bei Solingen.